

# Correspondent.

**Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Die Abnahme von neuen Jahrgängen; bei Bestellung im Voraus durch unsere Nachbarn in  
der Gegend und auf dem Lande außerdem Postzuschlag; durch die Post 1.20 Mk. ander 42 Pf.  
— Das Wort erscheint wöchentlich 6 mal wie in den Beilagen zum Sonntag.  
— Nachdruck anderer Originalarbeiten ist nur mit besonderer Genehmigung gestattet.  
— Ihre Rückgabe unentgeltlich übernommen wie letzte Verbandszeitung.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
s. s. e. Illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4 seil. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Beilage oder deren Raum für Werbung und sonst  
am Sonntag 10 Pf., Sonntags 20 Pf., wöchentliche von 20  
30 Pf., im Abonnement 40 Pf., bei besonderem Gehalt. Anzeigen  
besonders für Extrabeilagen nach Vereinbarung. Für Nachweilungen und Offertenanfragen  
besondere Berechnung, nach Anschlag mit Berücksichtigung. Geschäftsstellen  
für allgemeine Anzeigen sind am Tage vorher, während  
Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Sonntags bis 10 Uhr vorzubringen.

Nr. 29.

Freitag den 3. Februar 1911.

37. Jahrg.

## Des Reichstanzlers Wahlrechts-Philosophie.

Die große Rede, welche Herr von Bethmann Hollweg im Reichstage zugunsten der Verfassungsreform für die Wahlrechtsreform hielt, ist in mancher Beziehung bemerkenswert, ganz besonders insofern, als der Kanzler sich veranlaßt sah, bei dieser Gelegenheit sich wieder einmal über die preussische Wahlrechtsfrage auszulassen. Anlaß dazu hatte ihm der freisinnige Abgeordnete Raumann gegeben, indem er auf den grellen Widerspruch hinwies, welcher darin liegt, daß Herr von Bethmann als Reichstanzler eine Vorlage einbrachte, welche für die Reichswahl ein viel fortschrittlicheres, demokratischeres Wahlrecht forderte als dasjenige ist, welches er als preussischer Ministerpräsident in Form einer Wahlrechtsreform-Vorlage dem preussischen Abgeordnetenhaus unterbreitete.

Man dürfe darauf gespannt sein, wie Herr von Bethmann diesen Widerspruch erklären würde. Er war sichtlich darauf vorbereitet, denn die Antwort floß sehr glatt aus seinem Munde. Er gab zu, daß für die Wahlrechtsreform ein freieres Wahlrecht als für Preußen gefordert werde; aber, so fügte er hinzu, alle Länder und Völker ließen sich nicht über einen Kamm scheren. Was für die einen gut sei, tauge für die anderen nicht. Man dürfe deshalb nicht über die Individualität der Völker hinwegsehen. Die Reichswahl seien aus der französischen Zeit her ein freieres, demokratischeres Wahlrecht gewohnt, weshalb man ihnen umso mehr ein solches gewähren müsse, als man dadurch nicht nur die Wohlfahrt des Landes, sondern auch die des Reiches fördere. Preußen dagegen sei eine ganz andere staatliche und politische Individualität, habe eine andere Vergangenheit und sei andere Verhältnisse gewohnt. Also, ein auf demokratische Grundzüge aufgebautes Wahlrecht passe nicht für Preußen, welches durch ein solches desorganisiert werden und seine große Rolle nicht mehr spielen könnte würde. Denn das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht würde den Massen die Herrschaft über Parlament und Regierung zuführen. Und zum Schluß verkündete der Kanzler, daß sich Preußen sein Wahlrecht nach seinem eignen Bedürfnis, und ohne die Wünsche anderer Bundesstaaten zu beachten, so gestalten werde, daß es eine konstante staatsrechtliche Reichspolitik führen könne.

Herr von Bethmann gab also indirekt seine Meinung dahin kund, daß die Wahlrechtsfrage bereits die hohe Stufe der politischen Entwicklung und Reife erreicht haben, daß sie als demokratisches Wahlrecht für selbstverständlich gehalten und daß ein Stimm der Entscheidung durch das ganze Land gehen würde, wenn man versuchen wollte, ihnen ein Wahlrecht von der Art der preussischen Wahlrechtsreformvorlage zu oktroyieren. Man erkennt daraus, daß es Herr von Bethmann für einen schweren Fehler hält, den energisch ausgeprochenen Volkswillen nicht zu berücksichtigen. Die s. s. preussische Volk sich hinter die Ohren zu schreiben und es sollte seine Forderung der Reform der preussischen Landtagswahlrechts im Sinne der Gleichheit und der Demokratie und Gleichheit der Abstammung unausgesprochen und energisch auszusprechen, um in Herrpräsidenten zu beweisen, daß es endlich auf der Höhe der politischen Bildung der völkischen Bevölkerung angekommen ist und nicht länger als eine Abteilung zweiter oder dritter Ordnung innerhalb der Reichsbürgerschaft behandelt sein will.

Merkwürdig konnte die bisherige Geschichte Preußens dessen Volk nicht an demokratische Zustände gewöhnen, denn in ihm dominierte stets der Klassengeist in mannigfacher Form. Aber kein Volk bleibt da stehen, wo man es eines Tages findet; ein jedes strebt, bald bewußt, bald unbewußt, auch in weltlicher Hinsicht vorwärts. Das gilt ganz besonders von den heutigen Nationen, sogar von den halbbarbarischen, wie wir in den letzten Jahren gesehen haben. Das hochgebildete preussische Volk wird davon ganz gewiß keine Ausnahme machen. Herr von Bethmann kann doch unmöglich der Ansicht sein, Preußen sei ein europäisches

China. Übrigens hat das Reich der Mitte neuerdings ebenfalls die Bahn des freiwilligen Fortschrittes zu betreten begonnen.

Die andere Behauptung des Kanzlers, daß das gleiche Wahlrecht Preußen desorganisieren und unfähig machen würde, seine großen Aufgaben zu erfüllen, weil die Massen zur Herrschaft gelangen würden, läßt, bei Dichte betrachtet, auf eine vollständige Wertunteranschätzung des Mittelstandes hinaus, welcher den eigentlichen Kern des preussischen Volkes bildet und bei einer demokratischen Wahlreform zum Ausschlag gebenden Faktor werden würde. Hat denn vielleicht im Reich die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die den Staat desorganisierenden Massen zur Herrschaft gebracht? Warum sollte die Wirkung in Preußen eine andere sein, als im Reich? Wenn die Sozialdemokratie in letzter Zeit bei den Reichswahlen Fortschritte gemacht hat und bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen die Zahl ihrer Parlamentssitze nicht unbedeutend vermehren wird, so ist dafür die volkreiche Politik des schwarz-blauen Blocks verantwortlich zu machen und ganz besonders die famose Reichsfinanzreform, die die unteren und mittleren Schichten in solchem Maße bedrückt, daß Hunderttausende von Bürgern, ohne auch nur im entferntesten daran zu denken, unter die Woten zu gehen, doch für deren Kandidaten ihre Stimmen abgeben, weil sie glauben, ihrem Unmut dadurch am deutlichsten Ausdruck verleihen zu können. Aber trotz der schwarz-blauen Beihilfe wird der Reichstag niemals eine sozialdemokratische Mehrheit haben. Die Zeit wird aber kommen, wo sich auch Preußen eines zeitgemäßen Landtagswahlrechts erfreuen und wo es, gerade infolge dessen, seine deutschen nationalen Aufgaben noch besser, als heute, zu erfüllen vermag. Dann wird man mit Verwunderung sich der Befürchtung des Herrn von Bethmann Hollweg erinnern, daß der preussische Staat zu Grunde gehen würde, wenn er aufhöre, ein Klassenstaat zu sein, und seinen Bürgern dieselbe politische Gleichheit gewähre, deren andere Länder, auch deutsche Bundesstaaten, längst teilhaftig sind.

## Sonderbares Material.

Von Georg Gottlieb, M. d. R.

(Schluß.)

Was gestern von Ober gesagt ist, gilt natürlich genau so von der Elbe wie überhaupt von allen Flußläufen in Niederungsländern. Wer sich die Mühe nimmt, das analoge Werk des Hochwasseranstieges über die Elbe und ihre Nebenflüsse zu studieren, wird dieselben Auseinandersetzungen dort finden; es gilt mutatis mutandis für Bärhe, Havel, Spree, Saale, Weser, ja auch für den Rhein, soweit er in der Ebene fließt.

Ein höchst drastisches Beispiel dafür, daß die Stromregulierung im Vorst. und nicht im Schiffahrtsinteresse erfolgt, gibt — sich dessen unbewußt — die preussische Regierung selbst in ihrer Übersicht I A.

Von dem insgesamt auf 278,08 Mill. Mark berechneten Anlagekapital, das die insgesamt 3701 km Flußregulierungen nach der Übersicht erfordert haben, entfallen nicht weniger als 102,83 Mill. Mark = 37 Prop. auf die 282 km regulierter Weichsel!

Für das bischen Weichselstrecke — 1908 machte der Berg- und Talverkehr in Gütern ohne Floßholz bei Thorn ganze 135 000 t aus — hätte man diese Riesenausgaben doch wahrhaftig nicht gemacht, ja würde man auch jetzt die Unterhaltungslosten von 3 235 000 Mark im Jahr nicht ausgeben. Nein, auch wenn kein einziges Schiff auf der Weichsel ginge, mühte man genau dieselben Kosten aufzuwenden, um den gefährlichen Strom einzumauern zu bändigen, um Land und Leute vor ihm zu schützen. Freilich wären wir in der Lage gewesen, die Weichsel von der Quelle bis zur Mündung regulieren zu können, so hätten wir das wahrscheinlich mit bestem Erfolge unter Aufwendung geringerer Mittel als für die kurze Mündungsstrecke vermocht.

Gegenüber den Riesenergebnissen des preussischen Staates für die Weichsel verschwindet das, was er für die Regulierung und Unterhaltung der anderen Ströme tut. Für die 588,3 km regulierter Oder sind 26,28 Mill. Mark, für 345,5 km Warthe 11,24 Mill. Mark, für 408 km Elbe 42,43 Mill. Mark, für 388 km Weser 10,45 Mill. Mark und für 345,6 km Rhein 53,88 Mill. Mark von ihm aufgewendet worden. An den gesamten Regulierungskosten in Preußen sind bei den Keinen Provinzen Ost- und Westpreußen mit 43,2 Prozent beteiligt und an den jährlichen Unterhaltungskosten mit nahezu 4 Mill. Mark oder 35,6 Proz. der gesamten. Die Unterhaltung dieser beiden Provinzen macht knapp 1/11 der preussischen aus und ihre Stromleistung ist wesentlich eine minimale; aber gerade die, welche am wenigsten leisten und für die der Staat in der Stromregulierung die größten Kosten aufwendet, sind die lautesten Schreier, wenn es gilt, den Wasserstraßenverkehr zu belasten.

Die Gesamtaufwendungen des preussischen Staates für Strom- und Flußregulierungen, Kanalisierung und Kanäle haben im Laufe der letzten hundert Jahre rund 575 Mill. Mark betragen; eigentlich eine erstaunlich geringe Summe, wenn man damit die immensen wirtschaftlichen Vorteile vergleicht, die Land und Volk davon gezogen haben. Eine erstaunlich geringe Summe, wenn man sie in Vergleich stellt mit dem, was die Spiritusbrenner seit 1887 aus der Brennweinsteuergabe bezogen haben; nämlich nahezu das Doppelte dessen, was der Wasserbau in Preußen in einem Jahrhundert gelostet hat. Eine lächerlich geringe Summe im Vergleich zu den Zuckerporkonzessionen, die in einzelnen Jahren bis auf 128 Mill. Mark sich belaufen und eine noch lächerlichere Summe, wenn man ihr gegenüberstellt, daß jahres jahres dem deutschen Volke allein der Zoll auf Roggen und Weizen kein Brot um 700—800 Mill. Mark verteuert. Da das aber unsern Ageraren noch zu wenig ist, will man noch die freien Ströme mit Abgaben beladen. Quo usque tandem!

## Die Reichswertzuwachssteuer

Ist am Mittwoch, wie vorausgesehen war, in der dritten Lesung endgültig mit großer Mehrheit (199 gegen 93 Stimmen bei 20 Stimmenthalungen) angenommen worden. Die fortschrittliche Volkspartei stimmte nicht geschlossen, ein großer Teil votierte mit Nein, ein anderer mit Ja. Aber auch bei den anderen Parteien war eine Aderestimmung nicht zu erzielen gewesen, wenigstens gingen Zentrum, Freikonervative und Konervative nicht geschlossen vor. Das war bei der großen Schwierigkeit der Materie und bei der unzulänglichen Struktur des Gesetzes auch weiter kein Wunder.

Die Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei, die gegen das Gesetz stimmten, taten es im wesentlichen aus folgenden Gründen: Zunächst waren sie der Meinung, daß die an sich durchaus wünschenswerte Besteuerung des Wertzuwachses doch Sache der Gemeinden sei; es war der Grundgedanke der Riesenfinanzreform, die Besteuerung des Grundbesitzes den Gemeinden zu überlassen, die zur Wertsteigerung weit mehr beitragen als das Reich. Ferner kam hinzu, daß der Gedanke der Besteuerung des Wertzuwachses durch die Fassung, wie sie das Haus beschlossen hatte, sehr stark ausgehöhlt worden war und daß es dem Großgrundbesitz, der gut zu rechnen versteht, sehr erleichtert worden wäre, durch Aufrechnungen aller Art den erzielten Gewerkspreis im Sinne der Steuer vorlage herabzubringen. Es kam hinzu, daß die Fideikommissie bevorzugt bleiben, also gerade die reichsten Leute nicht der Steuer unterworfen werden würden. Das Neben- einander des jetzt bestehenden Umsatzsteuern neben der Wertzuwachssteuer bis 1914 ist weiterhin bedenklich; wenn auch der Staatskredit Vermuthlich ver- sicherte, eine allmähliche Reduktion des Umsatzsteuern in Aussicht stellen zu können, so weiß man doch nur zu gut, daß sich neue Bedürfnisse einstellen und daß die Reduktion höchst-

wahrscheinlich eine sehr allmähliche sein würde. Bei der Zuerstener um hat man ja in dieser Beziehung recht trübe Erfahrungen hinter sich. Eudlich spielte für das abtühende Votum die Befreiung der Bundesstaaten von der Steuer eine nicht unerhebliche Rolle. Was dieses Moment auch finanziell nicht so sehr ins Gewicht fallen, so ist es prinzipiell doch von sehr größerer Bedeutung. Da wo es sich darum handelt, den Veteranen eine größere Zuwendung aus Rücksicht zu beschaffen, hat man es für eine Ehrenpflicht der regierenden Häuser gehalten, das auch sie hier von ihren Privilegien ein Stück preisgeben. Staatsbürgerliche Bedenken konnten überhaupt eigentlich nicht geltend gemacht werden, denn gerade nach der Auffassung der Regierung handelt es sich hier um eine indirekte Steuer, während die Bedrohung der Bundesstaaten sich doch nur an die direkte Steuer knüpft. Von den indirekten Steuern sind auch die Zölle nie befreit gewesen, also dürfen sie es auch hier nicht werden. Die Steuer knüpft sich an einen Rechtsakt, nicht an eine Person, und daher dürfen auch Personen nicht ausgenommen werden.

Diejenigen Abgeordneten der fortschrittlichen Volkspartei, die für die Steuer stimmen zu sollen glaubten, waren mit ihren dazugehörigen Kollegen übereinstimmender Ansicht hinsichtlich der Wünschbarkeit und unabweisenden Ausgestaltung des Gesetzes. Aber sie redeten darin doch ein wenig auch schwaches Element einer wörtlichen Befreiung, und sie beschränkten, das die erste Schritt auf einen an sich unwünschenswerten Wege in absehbarer Zeit nicht wieder getan werden würde, wenn es nicht jetzt gelänge.

Bei der Entscheidung beider Richtungen in der Fraktion ist, wie wir hören, die Frage der Veteranen ein für alle mal nicht von entscheidender Bedeutung gewesen. Denn man ist übereingekommen, das die Mittel für die nunmögliche notwendige Erhöhung der Veteranengebühr bei gutem Willen des Reichstages und der Regierung sich immer finden lassen würden, wenn man sie nur finden will: sei es durch Abstreife beim Militärretal, sei es durch eine geringfügige Erhöhung der Anleihen.

### Zu den Reichstagswahlen.

Die fortschrittliche Volkspartei des Reiches besteht aus den Altentzichen in heit dieser Tage, wie man uns von dort schreibt, eine Wahlkreis-Vertrauensmänner-Versammlung ab. Der überaus stark Besuch es waren 117 Vertrauensmänner aus allen Teilen des Reiches erschienen, und das die Volkspartei im Wahlkreis sehr hohen Boden gestift hat. Der erste Vorsitzende, Fabrikant Leitz, begrüßte die Vertrauensmänner, dankte für die ruhige Tätigkeit, die sie in ihren Teilen im Interesse der Parteifrage leisteten und gab den Tätigkeitsbericht vom letzten halben Jahre. Die von der Partei erwählte Redaktionskommission, die jedem ohne Rücksicht auf seine politische Gesinnung unentgeltlich zur Verfügung steht, hat bei der Vorbereitung große Anerkennung gefunden und wird heute schon so stark in Anspruch genommen, das der Vorstand zu erwägen hat, neben dem Parteisekretär, der in der Hauptsache die politische Arbeit zu leisten hat, hierfür einen besonderen Beamten anzustellen. Hierauf nach der Reichstagswahl hat der Wahlkreis-Professor Dr. Schloßmann. Daffelbous das Wort zu einem Vortrag: Mein Programm. In zweifelhafte Rede legt er seine politischen Anschauungen dar. An die glänzenden Ausführungen schloß sich eine sachliche Aussprache. Die Wahlansichten sind als gut zu bezeichnen.

### Politische Uebersicht.

**Osterreich-Ungarn** Der bosnische Anschuß der Österreichischen Delegation erlebte am Dienstag den bosnischen Kredit. Ministerpräsident Fjhr. v. Wienert konstatierte, das die Festhaltung der Vorlesungen betreffend die Anzession auf G und das Einverständnis der beiderseitigen Regierungen erfolgt sei. Wenn nun die ungarische Vorlage sowie die dazu gehörigen Motivenberichte eine Ver Deklaration enthalten, die auf den früheren Zustand zurückgreift, so sei dies ein Deklaration, der keine praktische Bedeutung zukomme, da eine Änderung des Verhältnisses Bosnien und der Herzegovina zu den beiden Staaten der Monarchie nur auf G und ein Einverständnis beider Regierungen über die Verhältnisse zu erfolgen könne. Die Lösung der Reichstagsfrage sei nicht aktuell. Als Vorbereitung hierzu sei wohl die Erklärung und Festlegung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den neuen Provinzen von der größten Bedeutung. — Im Marineauschuß der Ungarischen Delegation brachte am Dienstag der Abgeordnete Miklas eine Interpellation über die in italienischen Wäldern verübten Verbrechen des Anführers des Gharri ein, der aufgesprungen hatte. Osterreich-Ungarn müsse den Anführer der Flotte beschleunigen, weil ein Zusammenstoß mit Italien unvermeidlich sei. Der Interpellant sprach die Erwartung aus, das der Marinekommandant diese Auslassungen auf ihren wahren Wert reduziere, damit die Gemüter nicht übermäßig erregt werden und die Freundschafft Osterreich-Ungarns mit Italien, die man anzusehen und weiter entwickeln wolle, nicht gefährdet werde. Der Marinekommandant Graf Montecucoli erwiderte, der authentische Wortlaut der angeblichen Äußerungen liege nicht vor. Es sei möglich, das eine tendenziöse Entstellung vorliege. Was die öffentliche Erklärung betreffen solle, darüber könne man

sich bei den alleits gegangenen Lebensbetrachtungen kaum Rechenschaft geben. Abgesehen handle es sich um eine angelegliche Erklärung eines Vizeadmirals im Ruhestand, also einer Privatperson, auf die keine Regierungsverantwortung auszuüben vermöge. Sollen solche Äußerungen wirklich gefaßt sein, so könnte er sie nur mit billigen. Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary erklärte, eine Stärkung der Flotte bezwecke lediglich die eigene Sicherheit. Europa könne die Friedenspolitik D. Bereich Ungarns und würde an den Bau von neuen Schiffen, womit man nur den Britmächtigen langsam folge, keine Kombinationen treffen. Marinetenkommandant Graf Montecucoli betonte, die im Bau begriffenen Schlagschiffe würden gemäß lange Zeit moderner Schiffen bleiben. Ein langsames Bau tempo wäre nicht ratsam.

**Frankreich** Zu Unterdrückung des Revolververnehmens hat der Ausschuß der Deputiertenkammer für gerichtliche Reformen beschlossen, das der Waffenhandel nicht gleichzeitig mit einem anderen Handel betrieben werden darf, wenn das Wissen nur bei Polizeierung in der Wohnung des Käufers gegen Empfangslohn verkauft werden dürfen. — Spidatssekretär Durand hat durch Vermittlung des Deputierten Meunier an den Präsidenten der Republik ein Schreiben gerichtet, in dem er für die Aufhebung der Todesstrafe seinen Dank ausspricht, nochmals seine Unschuld beteuert und um seine sofortige Freilassung bittet, um die Revision des Prozesses weiterfahren betreiben zu können.

**Russland** Die Kanalfaktion Petersburgs betrot die Tagesordnung der Reichsduma vom Mittwoch. In der Debatte über den zweiten Teil der Vorlage, der die Organisation der Arbeiten der Regierung anweist, wenn die Stationierung die ihr auferlegten Aufgaben nicht innerhalb der festgesetzten Zeit durchführt, betonen einige Abgeordnete, das die Stationierung in Städten müßte durchaus von den Statoverwaltungen selbst durchgeführt werden. Der Minister des Innern Stolypin trat für die Vorlage ein und sagte, mit Schmerz und Scham habe er die Vorwürfe vernommen, das Russland ein Heer für Inzestionskonventionen sei. (Die Bemerkung sind nur allzu richtig.) Die Duma hat nicht verstanden, das in Italien die Kanalfaktion und Wasserleitung sich immer dieselbe Gesichtsziele wiederhole. Der Minister verweist dafür auf Berlin und die Statoverwaltungen in England und Frankreich. — Der Marineauschuß der Budgetkommission der Duma sprach den Wunsch aus, die Regierung solle unverzüglich Maßnahmen ergreifen zur Sicherung der Landesverteidigung am Schwarzem Meer. **England** Am 2. Februar hat der Schurztag des Deutschen Kaisers überhandte der Lord Mayor von London durch Vermittlung des deutschen Botschafters Grafen Wolff Metternich die Glückwünsche der Stadt London seinen besten Dank ausgesprochen.

**Holland** In der ersten Kammer erklärte der allgemeine Abgeordnete des Budgets der Liberalen Etal, die Regierung habe dadurch, das sie den Entwurf über die Rüstenverteilung vorlege, zwar einen Beweis von Mut gegeben, aber nicht von Sparjamkeit oder Zukunftsgefühl. Seines Erachtens sei die Stärkung der kriegzeitigen Stellung Hollands an der Dikazens ein dringendes Erfordernis, denn ein von Westen kommender Angriff hätte weit größere Schwierigkeiten zu überwinden. Die Überwachungsanstalten seien nicht genügend für die Betreibung Hollands; das hätte die Regierung der Vollenbung der Amtveränder Werte den Vorzug geben sollen.

**Türkei** Der Aufstand im Yemen die in Sanaa gerietenen Truppen verdrängt, so wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet, zweimal man Versuch, um die Verbindung mit Hobeidah herzustellen, werden aber beide Male gescheitert. Sanaa umlagernden Anhänger des Imam Ischia sind 160.000 Mann stark. Unter den in Sanaa Eingekesselten befindet sich auch der eigentliche Chef der Operationsarmee, General Wämed Ali; nach außen hin wurde General Abdallah mit der Leitung betraut. Wämed Ali ist erst vor kurzem Jahre alt und es empfahl sich, eine Ältere, nicht größere Entscheidung mit mehr Barm an die Spitze zu stellen. Abgesehen war Abdallah vorher lange im Yemen, wo er sich durch Strenge auszeichnete. Man hofft, das Wämed Ali noch acht Tage Sanaa hält, um dann gemeinsam mit den von Hobeidah vordringenden Truppen die Belagerten anzugreifen.

**Serbien** Die Stupschina nahm in erster Sitzung den Gesandtschaftsbericht über einen außerordentlichen Kredit von 200.000 Dinars für die Verfertigung des Königsgewehrs an. Der Minister des Äußeren Milomanowitsch teilte mit, der König werde Mitte Februar nach Rom reisen. Der Zeitpunkt seines Besuchs in Paris sei noch nicht festgesetzt.

**Marokko** Die aus Tanger gemeldet wird, haben mehrere französische Kanflente, denen trotz regelmäßigen Hafens von der spanischen Behörde verboten worden ist, in Melilla an Land zu gehen, bei dem französischen Konsul in Melaga Verhöre abgeben.

**Mittelamerika** Aus Honduras sind gemeldet: Die Revolutionäre sind fünfzigta Meilen von Puerto Cortes gelandet und im Vorwärts dortigen gelangt.

### Deutschland.

Berlin, 2. Febr. Der Kaiser konsenterte gestern vormittag im Aufwärtigen Amt mit dem Reichszangler und dem Staatssekretär von Adelen. Später nahm der Kaiser die Rapporte der Reichsverwalter entgegen.

— (Die Kronprinzessin) die sich am 8. Februar mit dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Prinz Helwig“ von Algardien nach Neapel begeben wollte, hat ihren Aufenthalt in Ägypten abermals verlängert, um gemeinsam mit dem Kronprinzen, der Ende Februar von seiner Reise nach Jalden in Ägypten eintrifft, die Heimreise anzutreten. Der Kronprinz wird für die Fahrt von Colombo nach Port Said am 18. oder 19. Februar ab Colombo den Reichspostdampfer „Gneissman“ oder den Dampfer „Derflinger“ des Norddeutschen Lloyd benutzen.

— (Der König von Sachsen) ist gestern mittag an Bord des Dampfers „Großer Kurfürst“ in

Neapel eingetroffen und hat mit dem deutschen Konsul und dem Geleite einen Ausflug im Automobil nach Capri di Postillo gemacht.

— (Der Bundesrat) hat in seiner Mittwoch-Sitzung den Anträgen der Ausschüsse, betr. Erweiterung der Zuständigkeit der Hauptämter für Zollverwaltung, fernr über die Festsetzung der von den privaten Versicherungsunternemungen für das Kalenderjahr 1910 zu erhebenden Gebühren, sowie über die Prägung von 40 Millionen Mark in Silbermünzen zugestimmt.

— (Eine Konferenz über wichtige militärische Eisenbahnfragen) hat am Dienstag der „Germania“ zufolge im Berliner Generalstabsgebäude stattgefunden. Die Log. Bienenkommandanten, verschiedene Generalstabsfiguren aus dem Reich und die Präsidenten der Eisenbahndirektionen waren hierzu eingetroffen. Den Vorsitz führte der Ministerdirektor im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Seydewitz, dem militärischen Vorgesetzten Oberst Quade. Über die Einzelheiten der Verhandlungen wird Schweigen beobachtet.

— (Antisemitisches.) Abg. Raab hatte im Reichstag eine angebliche Äußerung der „Frankf. Ztg.“ aus dem Jahre 1883 über das Handwerk verwendet, und muß nun in den „Deutschj. Wäldern“ erklären: „Die in Frage stehende Äußerung, die er in der Sitzung „Bund der Landwirte“ vom 18. September 1909 gefunden, wo sie unter genauer Angabe der Nummer der „Frankf. Ztg.“ abgedruckt war, ist in jener Nr. 323 tatsächlich nicht enthalten. „Ich bin“, so erklärt er, „in diesem Punkt also einem Irrtum zum Opfer gefallen, dessen Entschuldig ich offen bebaure.“ Den „Deutschj. Wäldern“ scheint diese durch ein Schreiben der „Frankf. Ztg.“ an den Abg. Raab veranlaßte und selbstverständliche Klärung außerordentlich zu imponieren, denn das Antisemitentum schimpft im Anschluß daran auf die liberale Presse, die meist aus Prinzip läge und es einfach in ihr fertig brachte, so wie der Abg. Raab offen und ehrlich einen Irrtum zuzugeben. Das genügt aber den „Deutschj. Wäldern“ noch gar nicht, so aufgeregt sind sie über das ehrliche Badauern des Herrn Raab. Sie fügen der Erklärung hinzu: „Nurigen scheint hier wohl ein Druckfehler vorzuliegen; wenn es sich nicht um Nr. 323 von 1883 handelt, kann kann es sich immerhin um eine andere Nummer oder einen anderen Jahrgang handeln. Auch ist es nicht unmöglich, das jene Notiz überhaupt einer anderen liberalen Zeitung entstammt, denn das die „hösen Gegner“ sie glatt aus der Luft gegriffen haben, das ist doch wohl ausgeschlossen. Die Kunst feinfingigen Verleumdern und Verleumdungen kennen wir aus genügenden Erfahrungen.“ — Damit haben die „Deutschj. Wäldern“ die ihrem Anstandesgefühl unabweisbare Erklärung des Abg. Raab wieder weit gemacht. Nun kann man mit dem angeblichen Blatt aus der „Frankf. Ztg.“ weiter kreben gehen und falls den Antisemiten dafür auf die Finger geklopft wird, antworten: Jedem aus einer liberalen Zeitung hat es ganz gewiß gefanden. Eine weitere Sippshafft.

— (Schöne Aussichten für den nächsten Wahlkampf!) So überschreibt der „N. Wrt. Anz.“ folgende Mitteilung: Am Schluß der vom freisinnigen Verein in Schönbrunn veranstalteten öffentlichen politischen Versammlung spielte sich ein Vorgang ab, der eine recht unerwartete Reziproke in den nächsten Wahlkampf unseres Wahlkreises eröffnet. Nachdem die Versammlung drei Stunden gedauert hatte, die Zeit dadurch soweit vorgezogen war, das der Redner des Abends, unser Reichstagsabgeordneter Dr. Ruggdan, abfahren mußte, wenn er rechtzeitig zum Nachzuge in Görlitz einreisen wollte, suchte der Vize, Oberingenieur Sondermann, die Debatte abzufahren, um den Schluß herbeizuführen. Da wurde der Versammlung von Herrn v. Lerebow, der im Gefolge des Herrn von D. erschienen war, entgegengerufen: „Herrlichen, herrlichen! Wir setzen die Versammlung fort!“ Mit Recht wurde ihm von Herrn Dr. Ruggdan entgegnet, das dies nach dem vom Vorsitzenden erklärten Schluß der Versammlung unstatthaft und ein Verstoß gegen das Reichstags- und Versammlungsrecht sein würde. Da kam eine fonderbare Ueberaschung. Herr von D. teilte mit, das er eine neue Versammlung angemeldet habe! Damit hat Herr von D. sich das Verdienst erworben, für den Wahlkampf in unserem Wahlkreise ein Novum geschaffen zu haben, für das es wahrscheinlich selbst in den Reihen seiner konservativen Parteigenossen keinen Dank ernten wird. Denn welchen Erfolg die bündelischen Versammlungen haben würden, wenn sie sofort durch volksparteiliche oder sozialdemokratische abgelöst werden sollten, dürfte auch Herrn von D. nicht zweifelhaft sein! Bis jetzt haben in unserem Wahlkreise nicht einmal die Sozialdemokraten mit solchen unautoneren Experimenten zu operieren versucht!

— (Verbot des Barschauer „Kurjer Swiateczny“) Der „Reichsanz.“ teilt mit: „Nachdem durch rechtskräftige Urteile der Straf-

ammer bei dem Königlichem Amtsgericht zu Hohenzollern am 15. Oktober und 17. November 1910 gegen die in Waldau erscheinende periodische Druckschrift „Kurzer Svat-cyng“ binnen Jahresfrist zweimal Verurteilungen auf Grund der §§ 41 und 42 des Strafgesetzbuchs erfolgt sind, wird in Anwendung des § 14 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzblatt S. 65) die fernere Verbreitung dieser Druckschrift auf die Dauer von zwei Jahren hieherdurch verboten.“

**Vermischtes.**

\* (Ein 12jähriger Brandstifter und Selbstmörder) In der Nacht zum Mittwoch gegen 12 Uhr brannte in Wülfel bei Hannover ein in der Feldmark auf dem Staatsgütern liegendes Wohnhaus mit angedeckter Strohdachkammer nieder. Zu gleicher Zeit wurde in der Wülfel anlässlich Familie überfahren. Auf einem bei der Leiche befindlichen Zettel beschriftete sich der Name der Brandstifterin.  
\* Von einer 200 Meter hohen Felswand abgehürzt) Am Rande eines kleinen Felses des Riesengebirges wurde die verfallene Leiche des in der Himmelskammer beschäftigten Arbeiters Steiner aufgefunden, der am Montag abend auf dem Glimmege von der Himmelskammer 200 Meter tief über eine Felswand abgehürzt ist.  
\* (Auf der Suche nach Arbeit erfrorren) „Himmelskammer“ meldet aus Bardowitz (Hannover): Von sieben arbeitssuchenden Russen sind zwischen dem Falt-

fjord und Bessenga zwei erfrorren. Einer gelangte unter großen Mühen nach Bessenga. Die übrigen kehrten müde erschöpft nach dem Faltfjord zurück.  
\* (Todeserklärung Johann Orth's) Am 1. d. lief die bis zur Todeserklärung Johann Orth's festgesetzte Frist ab. Das Oberpostamt in Wien wird, da bisher keinerlei Beweise dafür eingelaufen sind, dass Johann Orth's noch am Leben ist, die Todeserklärung in allerfrüherer Zeit aussprechen. Hieraus werden beide Staatsgüter bei der Kaiserin abgetrennt werden. Nach dem Tode Johann Orth's hat der Kaiser das Recht, einzelne Bestimmungen dieser Elemente umzusetzen. Das Vermögen Johann Orth's soll 3-4 Millionen Kronen betragen.  
\* (Großer Felssturz bei Dover) London, 31. Jan. In der vergangenen Nacht lösten sich ungeheure Massen von den Felswänden, die hunderte von Fuß hoch aus der See emporragen, und stürzten in die Tiefe, wo sie mit einem mächtigen Wall dicht vor dem Strand der gestrandeten „Breiten“ liegen. Man entsetzte heute früh einen tiefen Riß in dem Felsen, der ziemlich weit landeinwärts führt.  
\* (Der Ausbruch des Taalvulkan's) Manila, 31. Jan. Die Vulkanausbrüche bei Taal bauen in ungewohnter Stärke an. Die Zahl der Toten beträgt etwa 400.

**Die Pest in China.**

Der Pariser Ausgabe des „New York Herald“ werden aus Peking fürchtbare Einzelheiten über die Pest in der nördlichen Mandchurien gemeldet. Von den 30000 Einwohnern der chinesischen Provinz haben sich bereits 40000 erkrankt und mehr als die Hälfte gestorben. Ganze Städte sind eingedunkelt worden, und es ist nicht mehr möglich, die ganze Stadt zu besuchen. Die Einwohner verheimlichen die Todesfälle.

aus Furcht, daß man sie in die Isolierlager schloffen werde. Jeden Morgen sind die Straßen mit Leichen bedeckt. Alle die man während der Nacht durch gemauert hat. Alle Europäer, Japaner und Chinesen, die der Polizei und dem öffentlichen Bediensteten angehören, tragen, um sich vor der Suche zu schützen, Gasmasken, die mit Jodoform getränkt sind, Mund und Nase bedecken und nur die Augen freilassen.  
Alle Städte und Dörfer in einem Umkreis von 200 chinesischen Meilen um Chardin sind in Quarantäne. Mehrere dieser Dörfer sind völlig verwüstet und wie ausgehölet. Die aus Chardin und Umgebung geflohenen Chinesen verbreiten die Seuche in der ganzen nördlichen Mandchurien, so daß sich die Krankheit von Tag zu Tag mehr ausbreitet. Anfangs blieben die Massen der chinesischen Bevölkerung völlig inoffensiv und legierten die Seuche in den Tagen an zu denen sie nachgaben, daß sie eine weiße Masse in die Brunnen schütteten, um diese zu versetzen und so in der Mandchurien die Chinesen auszurotten. Die Anstrengungen der Ärzte haben vorübergehend eine Einschränkung der Pestfälle in Chardin erreicht. Bei den Zurückgebliebenen ist allerseits die Widerstandskraft gegen die Seuche geringer. Sie ergaben sich leichter in ihre Seuche und warten häufig die Todesstunde. Tausende Opfer konnten nicht beerdigt werden; die Hunde kürzten sich auf die Leichen und fraßen sie. Die Truppen haben Befehl erhalten, auf diese Hunde zu schießen.  
Das blühartige Aufstreben und der rasche Verkauf der Krankheit erschreckt die Bewohner ganz besonders. Der in Peking geborene Doktor Jackson verließ 30 Stunden nach dem Ausbruch des ersten Fieberfiebers, die britische Flotte in völlig verlassenen. Der einzige wirksame Schutz wird durch die Gasmasken geboten.

**Anzeigen für Mülcheln u. Umgegend.**

Wieder eingetroffen!  
Spezial-Wegekarte für die Umgebung von Merseburg a. Stadt 25 Pf.  
Neue Sächs.-thüringische Wegekarte, für Kontrollen, Rodtagern und Automobilen vorzüglich geeignet, a. Stadt 75 Pf., empfiehlt Buchdruckerei Th. Rössner, Merseburg.

Mit Heutigem eröffne ich in meinem Grundstück Ober-Burgstrasse 9 zu meiner Weinhandlung eine

**Weinprobierstube**

Ich offeriere bestgepflegte Weine zu kleinen Preisen in Flaschen und glasweisem Ausschank. Werde bemüht sein, mich Belehrende in jeder Weise zufrieden zu stellen und bitte um gütige Unterstützung.

Hochachtend  
**B. Oeltzschner, Merseburg.**

**Sprechling Mülcheln und Almsdorf.**  
Sonnabend den 4. Febr. 1911, vormittags 10 Uhr, in Mülcheln Restaurant „Gute Quelle“, nachmittags 2 Uhr in Almsdorf Böhmescher Gasthof.  
**Goedecke,** Rechtsanwalt und Königl. Notar in Freyburg a. U.  
**Fahnen Reinecke, Hannover.** Vereins-Bedarfsartikel.

**Anzeigen für Merseburg.**  
Für diesen Zeit übernimmt die Redaktion den Publikation gegenüber keine Verantwortung.  
**Kavallerie-Anschreiben.**  
Danke. Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Kindes sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Merseburg, den 2. Februar 1911. Hermann Ulrich u. Angehörige.  
**Wohnung,** a. Stage, 400 M., 1 April zu beziehen, Coburger Str. 9  
**Kleine Wohnung,** passend für ältere Leute, sofort zu vermieten. Zu erfragen bei Holzbühler Zwanziger, Eisenbahnstraße.  
**Möbl. Zimmer** zu vermieten. Zu erfragen Schmale Strasse 14, 1. St.  
**Schwein zum Hauschlachten** steht zum Verkauf. A. Markt 43.

Erhalte Sonnabend den 4. d. M. wieder einen grossen frischen Transport junger prima frischmilchender Kühe mit Kälbern und empfehle selbige recht preiswert.  
**Hermann Beydenreich,** Crumpa bei Mülcheln. Nr. Tel. 39.  
Von Sonnabend den 4. d. M. ab steht ein Transport bester und schwerster, hoch- und niedertragender Kühe und Kalben sowie sehr schöne Zuchtbulle im Gasthof zum goldenen Sahe zum Verkauf.  
**Otto Heilmann.** Tel. 240.

**Gesang-Verein „Lyra“.**  
Unser humoristisches Bergnügen findet Sonntag den 5. Februar, abends 8 Uhr, im Tivoli statt. Gäste und Freunde willkommen.  
Der Vorstand.

Neu! Das ewige Zündholz. Einziger wirklich vollkommener und konkurrenzloser Ersatz für Streichhölzer, billigt zu haben bei **Hans Käther,** Markt 20.

Frisch eingetroffen: **Grüne Heringe, Bücklinge,** empfiehlt **Emil Wolff.**  
Sonnabend den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Coffino“ **Monats-Versammlung.**

**Matulatur** hält stets vorrätig und empfiehlt billigst Buchdruckerei Th. Rössner, Merseburg, Delarube 9.  
**Kirchlicher Männerverein der Altenburg.** Freitag den 3. Februar d. J., abends 8 Uhr, im Restaurant „Zum Reichstastler“ **Vortrag** des Herrn Pastors u. Missionars S. Dellus: Blicke in das Seelenleben des Negers auf Grund von Briefen und eigenen Erlebnissen. Auch Nichtmitglieder sind willkommen. Der Vorstand.

**Trebnitz** Sonntag den 12. Februar **großer Maskenball** F. Heyer.  
**„Funkenburg“** Sonntag den 5. Februar **gr. Ball.** Freundlich ladet ein R. Sittig. Einige geübte Tänzerinnen werden angenommen. Zu erfragen in der Exped. d. Tages.  
**Eine Aufwartung sofort gesucht.** Näheres durch die Exped. d. B.  
**Ein jung. vortrefflicher Bernhardenhund** emlaufen am Montag. Abzugeben gegen Bezahlung. **K. Kellermann.**

**Grüne Heinge**  
frisch eingetroffen, a Band 10 Pf.  
**Bücklinge,**  
Riße nur 95 Pf.  
**Nordsee-Fischhalle**

Telephon 383 Merseburg Entenplan 9.  
Empfehle:  
prima Rindfleisch, Schweinefleisch,  
Schmeer und fettes Fleisch, Freitag  
frische Wurst.  
Baumann, Gottfriedstraße 27



Sonabend den 4. Februar, abends  
8 1/2 Uhr.  
**Monats-Versammlung**  
im „Deutschen Hof“. Der Vorstand.

**Bergmanns-Verein**  
„Glück Auf!“  
Groß-Kayna und Umgegend  
Iadet zu dem am Sonntag den 5. Februar  
abends 7 Uhr im Saale des Herrn Kneue-  
burg in Kunkelhof stattfindenden  
**BALL**  
ganz elegant ein Der Vorstand.

**Philharmonie.**  
Sonntag den 5. Februar, abends  
8 Uhr, im schön decorierten Saale des  
„Strandschlösschen“  
**1. großer Carnevalist.**  
**bunter Theaterabend**  
mit darauffolgendem  
**Tänzen.**  
Zur Aufführung gelangt:  
**1. Robert und Bertram.**  
Posse mit Gesang in 1 Akt.  
**2. Der internationale**  
**Damenringkampf z. Knauschenbach.**  
Original-Vuffspiel in 1 Akt.  
Hui! Großer Lacherfolg! Hui!  
Schlager der Heppel.  
**3. Das gebratene Menschenberz.**  
Schauerkomödie mit Gesang in drei  
Acten von Dr. H. U. D. D. Ein.  
Von nachmittags 3 Uhr an  
**Tänzen.**  
Dies unseren werten Vätern zur  
güt. Nachricht. Der Vorstand.

**Musiker-Verein**  
„Augusta“.  
Sonntag den 5. d. Mts. abends von  
7 Uhr ab

**Tänzen**  
im Gasthause zu Kuchfahn.  
Der Vorstand. Gastwirt Hoffmann

**Achtung! Achtung!**  
**„Zum alten Dessauer“**  
Sonabend den 4. bis Montag den 6.  
Februar  
**großes**  
**Boddbierfest**  
mit musikalischer Unterhaltung  
**H. Spedfaden und Bodwürfchen**  
**Mützen u. Kettische gratis.**  
Für Liebhaberliche Bekleidung bestens  
Sorge tragend, ladet ergebenst ein  
der Wirt.

**Achtung! Achtung!**  
**Café Hohenzollern.**  
Heute und folgende Tage  
Fortsetzung des großen Bockbierrummels.  
Der Festwirt.

**Merseburger Ruder-Gesellschaft.**  
E. V.  
Freitag den 3. Februar d. J., abends 7/8 Uhr.  
**Monats-Versammlung**  
in der „Sonne“. Der Vorstand.

**G. Hoffmann**  
Markt 19. Inh. Bernhard Taitza Markt 19.  
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins  
gestattet sich den Eingang der neuesten Frühjahrs- und  
Sommer-Besätze in  
**Spitzen, Einsatztüllen,**  
**Gold- u. Silberstoffen,**  
**Spachtel u. Valenciennes,**  
in einer derart reichhaltigen Auswahl anzuzeigen, die in jeder  
Beziehung den exquisitesten Anforderungen gerecht werden kann  
**Neu aufgenommen und reichhaltig sortiert:**  
**farbige Chiffon.**

**Erkältungskrankheiten**  
sind jetzt an der Tagesordnung. Als bestes Vorbeugungs- u. Heilmittel  
sind Russ. ir. röm. Bäder u. nachherige Massage zu empfehlen.  
Johannisbad, Merseburg, Johannisstraße 10.

Um meinen Laden bis 1. März zu räumen, verkaufe ich die  
noch vorhandenen  
**Porzellan- und Gl-waren**  
zu jedem annehmbaren Preise aus.  
**Paul Knauth.**

**Bankhaus Friedrich Schultze,**  
**Merseburg.**  
Gegründet 1862.  
An- und Verkauf von Wertpapieren,  
Aufbewahrung, Verwaltung und Beleihung.  
Diskontierung guter Wechsel.  
Konto-Korrent- und Wechsel-Verkehr.  
**Annahme von Spareinlagen,**  
Verzinsung vom Tage der Einzahlung bis zum Tage der  
Abhebung bei infantesten Bedingungen.  
Vermietung von Schrankfächern in feuer- und diebes-  
sicherer Trejoranlage.  
**Kostenfreie Einlösung aller Anpous und**  
**Dividendenscheine.**

**Welt-Panorama**  
Herzog Christian.  
**Tirol. II Abteilung.**  
Eine malerische Reise mit der Lei-  
bergbahn.

**Achtung! Achtung!**  
**Cinophonthater**  
**Funkenburg.**  
Schon wieder gelangen zwei  
große Schlager zur Vorführung:  
**Die Geldgier**  
und  
**Das Opfer der Eifersucht**  
Die Direktion.

**Bockbierfest**  
-Mützen, -Plakate, -Orden,  
sowie Schützenfeste empfängt die  
**Kurt Karius, Brühl 4.**

**Fahrrad-**  
Reparaturen führt aus und neue Teile  
dazu empfiehlt  
**Oskar Baar, Entenplan 9.**

**Habolds Restauration.**  
Heute  
**Schlachtefest.**

Freitag  
**Schlachtefest.**  
**Paul Kullcke,**  
Eintrachtsstraße 19. Tel. 226.

Freitag  
**Schlachtefest.**  
**W. Alloritz, Amshäuser 17.**

**Klavierstimmen**  
führt an R. Meckert, Ob. Burgstr. 11.

**Rohlenwerke**  
Wiegemeister und Magazinverwalter,  
J. St. bei einem größeren Braunkohlenwerke  
in Stellung, sucht zum 1. Juli d. J. oder  
früher anderweitiges Engagement. Gest.  
Offerten unter Wiegemeister an die Exp.  
d. Bl. erbeten.

**Als Schneiderin**  
in und außer dem Hause empfiehlt sich  
**E. Förster, Neu- u. Schützenstr.**

**Licht. Säuer**  
für Ausrichtungsarbeiten  
stellt jederzeit ein  
**Gewerkschaft Michel**  
Grube „Mehland“  
d. Großkayna, Station Frankleben.  
**Malerlehrling**  
sucht zu Oherz  
**P. Häber, Wasserwerk, Sand 5.**

**Klempnerlehrling**  
stellt zu Oherz ein  
**Hermann Müller, Klempnermeister,**  
Sämannstr. 19

Suche sofort eine in der Landwirtschaft  
erfahrene  
**Wirtschafterin.**  
**P. Janek, Tenn.**

Krankenschwester sofort oder 1. März  
**zuverlässiges Mädchen**  
bei gutem Lohn gesucht  
**Eleonore Günther, Breitenstr. 20.**

Erprobtes, lauderes Mädchen sofort als  
**Aufwartung**  
gesucht. Zu melden nachmittags von 2 bis  
3 Uhr. **Frau Guder, G. Ritterstr. 22.**  
Gierzu eine Stellg.

Über die militärische Aktion gegen die aufständischen Eingeborenen der Insel Bonapoe

Ist am Dienstag der nachstehende telegraphische Bericht von dem ranghöchsten Seeoffizier, Fregattenkapitän Wollestein, Kommandant der „Emden“ in Berlin eingelaufen:

Ich habe am 8. Januar mit „Emden“ und „Mörner“ die Tulinfen (Karolinen, 420 Seemeilen westlich von Bonapoe) angefahren, um mich durch den Inselbogen der „Mörner“ eingeschifften Begleitart über die Lage in Bonapoe informieren zu lassen, und um auf Wunsch des Gouverneurs auch in diesem Teile des Archipels die Frage zu zeigen. Am 10. Januar früh trafen beide Schiffe in Bonapoe ein, wo bereits „Cormoran“ und „Mörner“ ankert. Die vorgedehnte Lage war folgende: Inmitten der fünfzig aufständigen Dschogab-Clans, mit neuzeitigen Gewehren bewaffnet, hatten sich auf der Dschogab-Insel auf einem etwa dreihundert Meter hohen, felsigen und fast unzugänglichen Felsen in einem hart besetzten Lager verschanzt. Der Zugang zu dem Lager war vom Felsen gestift. Der Insel umher waren die Hauptinseln der Insel Bonapoe hatten die Polizeitruppen abgesehen und damit die Solonje vor Ausfällen gesichert. Den Versorgungsartikel nach der Hauptinsel ließ ich durch ein zusammengefügtes Landungskorps von „Emden“, „Cormoran“ und „Mörner“ verschieben. Nach See zu übernahm zunächst „Mörner“ und „Mörner“ die Blockade der Insel.

Am 18. Januar morgens begann die Beschießung der selbständigen Stellung durch „Emden“ und „Cormoran“. Dann wurde das Landungskorps „Mörner“ zusammen mit hundert Polizeisoldaten auf der Westseite der Halbinsel Dschogab gelandet. Die Truppen besetzten das vorgedehnte, ohne auf Widerstand zu stoßen. Mit einem zum Landungsplatz gehörigen Boot wurde dann durch das Landungskorps das Hauptkloster erümt, und der überoffene Felsen ließ sich nach kurzem Widerstand auf die innere Insel. Bei diesem Angriff haben sich besonders ausgezeichnet der Oberleutnant zur See Streiber Spiegel von und zu Pödelheim („Cormoran“), Leutnant zur See Wittwig und Gaffner („Mörner“), der Polizeileutnant Zahn, der Regimentsarzt drei Teile von Zamara vor, um die auf die Hauptinsel übergetretenen Aufständigen von Sit (einer Ruderboje auf einer Wacht im Südwesten der Insel) abzufangen. Die Besatzung der Gefangenen betrug bisher 78 Männer und 176 Frauen nicht Kinder. Fünf Männer, die am 17. Januar von 18 Oktober beteiligt waren, sind unter den Gefangenen. Unter der Führung der Hauptlinge Zamara und Gama, sind noch etwa 48 Krieger mit Gewehren bewaffnet auf der Hauptinsel

Bonapoe und auf Dschogab gestreut. Durch fortgesetzte Streifzüge und durch energischen Druck auf die lokalen Stämme, bei der Aufhebung der Rebellen beschloß sich sein, wird versucht, auch diesen letzten Rest zu ergreifen. Sehr erschwert werden die militärischen Operationen durch das nun glatte Gelände und den tropischen Busch. Für die Verheilung der Wunden läßt sich daher ein Zeitpunkt noch nicht angeben. Weiterberatung der Schicksalfrage ist zurzeit nicht angeht. Der Dampfer „Tania“ wartet bis zum 4. Februar in Yap auf telegraphische Bescheide.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 1. Februar.) Der Reichstag führte am Mittwoch in ziemlich raschem Tempo die dritte Lesung des Zuwachsteuerergesetzes zu Ende. Abg. Guno (Dpt.) versuchte noch bei verschiedenen Bestimmungen des Entwurfs Verbesserungen hineinzuwirken, hatte aber leider nur wenig Glück. Im allgemeinen blieb es bei den Bestimmungen der zweiten Lesung, besond. bei den Kompromissartigen der bürgerlichen Parteien. Eine etwas längere Debatte entwickelte sich über den § 49, der den Anteil der Gemeinden an der Wertwachsteuer regelt. Abg. Dr. Witthoff (Fortf. Dpt.) befürchtete, daß trotz des guten Willens des Reichstagsamts auch im Jahre 1914 die Aufhebung des Umsatzsteuern nicht möglich sein werde, wegen Reichsverschuldet. Er rüht lebhaft protestieren. Bei § 49a wurde ein Antrag Guro und Guro, die Gemeindesteuer auf die Zuschläge nicht nur für die verschiedenen Grundbesitzerarten, sondern auch nach der Dauer des für die Steuererhebung maßgebenden Zeitraums verschoben festlegen dürfen. Schließlich begründete sich Witthoff (Soz.) den Antrag seiner Partei, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes das Jahrmarettenergesetz aufzuheben. Der Antrag, für den sich auch die Sozialdemokraten, die Fortschrittliche Volkspartei und die Polen erklärten, wurde abgelehnt. Die Gesamtstimmung war eine namentliche und ergab die Annahme des ganzen Gesetzes mit 199 gegen 93 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen. Gegen das Gesetz stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, ferner ein Teil der Fortschrittlichen Volkspartei und Abgeordneter Dr. Wind (Dpt.). Damit war das Zuwachsteuerergesetz endgültig verabschiedet. Das Haus löste dann die einstimmig geborene Beratung über die Petitionen fort, die am 16. Januar des Jahres eingeleitet und in der Sitzung des 17. Januar abgelehnt wurden. Die Petitionen sind, die am 16. Januar des Jahres eingeleitet und in der Sitzung des 17. Januar abgelehnt wurden. Die Petitionen sind, die am 16. Januar des Jahres eingeleitet und in der Sitzung des 17. Januar abgelehnt wurden.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 1. Febr.) Das Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch die erste Lesung des Gesetzes vor, wodurch der Regierung die Ermächtigung erteilt wird, in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Münster staatliche Polizeiverwaltungen zu errichten. Die Vorlage wurde an die Gemeindevorstände verwiesen. In der Debatte hatte Herr von Bismarck (Soz.) gesprochen, der wegen seines allgemeinen Eingehens auf die Polizei vom Präsidenten gemeint zur Sprache gebracht wurde und dem darauf von einer Mehrheit, die aus der Rechten, dem Zentrum und einigen National-Liberalen bestand, das Wort entzogen wurde. — In der zweiten Lesung des Gesetzes wurde nach einer Reihe von Diskussionen über die Stempelsteuern die Konstitution besprochen, die die Debatte auf dem dem Parlament bereitet. Ein Regierungsvertreter kündigte die Schaffung von Provinzialparlamenten an, in denen Vertreter der Landwirtschaft, Handels- und Handwerksvereine mitarbeiten sollten. Der fortgeschrittliche Abg. Rosen trat in hochbedeutender Weise für die Interessen des Handwerks ein. — Die eigentliche Zustimmung begann beim Artikel „Münster“. Der erste Redner, der konstitutionale Landesdirektor Dr. Bismarck, begrüßte die Angelegenheit; Einschränkung der gerichtlichen Aufsichtswesen und wandte sich dann scharf gegen den Schmutzverordnungsgebenden im zweiten Woaditer Projekt. Er behauptete dann noch, ohne jedoch Beispiele anzuführen, daß die Verankerung der Rechte über die großen Konstitutionsprobleme große Unmöglichkeit enthalte. Am Vorabend des Rittergutbesitzer Dr. erregte der R. d. angedeutete Expatrat. Sogar dieser Redner betonte übrigens die Notwendigkeit, daß die Richter mit dem Worte in die Verhängung kommen. Der Sozialminister ging nur auf den Woaditer Projekt und die Änderungen des konstitutionalen Redners gegen die Rechtsübertragung des Landesdirektors Linger ein. Aus dem Landesdirektor Linger hervorgeht, daß er den Landesdirektor Linger verurteilt und dieser dem Minister gefügt hat, daß er ohne ein Urteil über den im Projekt zur Sprache gekommenen Fall Hermann zu fällen, in Anknüpfung an diesen Fall theoretisch nicht treffen soll konstatieren und dabei festgestellt habe, daß ein rechtlich rechtswidriger Angriff der Polizei auch eine Verletzung der Feuerwaffen ist. An der Hand von Verfügungen des Reichsgerichts betonte der Minister, daß selbstverständlich nicht bei jedem Verstoß der Gebrauch von Schusswaffen zulässig ist, noch viel weniger, wenn nur eine vermeintliche Überschreitung der Amts Gewalt vorliegt. Der Zentrumsdemokrat Dr. Zimmermann erklärte die Obliegenheit der Woaditer Richter an und meinte unter dem Gesichtspunkte auf die Rechte der Berliner Polizeibehörden, daß manches Recht gegen die Woaditer Richterpraxis nicht angeprochen gelassen würde. Die Weiterberatung wurde dann auf Freitag vertagt.

— Wie wir von parlamentarischer Seite hören, steht es tatsächlich fest, daß die Konstitution sich im Abgeordnetenhaus von den Beratungen des Reichstags konzentriert werden und daß es daher dem Reichstagen die Aufgabe obliegt, sich mit dem Reichstagen zu vereinigen. Eine genaue Ordnung der Schritte auf Grund von Verhandlungen der Richter der Parteien ist also bis auf weiteres ausgeschlossen, und der Reichstagen kann als aufgegeben gelten. Man darf wirklich die Frage aufwerfen: war diese Suspension einer wichtigen parlamentarischen Institution notwendig und durch die äußeren Umstände geboten?

Der Präsident des Abgeordnetenhauses Herr v. Rößler hat die schärfere Antwort gegeben, daß der Sozialdemokratie fort. Bei einem Schritt

Frau Lore.

Roman von F. J. J. J.

(15. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Der Affektor schwieg, das grauenvolle Gesicht der armen Eltern packte fest von neuem sein gutes, mit lieblicher Verz. „Das ist ihr Schicksal“, unterbrach Braun endlich die Stille, „das ist ja mehr, als ein Mensch ertragen kann.“ „Und doch überlebe ich mehr armer Fremdb“, nahm Weiblich das Wort, „aber es macht sich in einem eigenen Conterbing der sich mit seiner verehrten Frau in die tiefste Einsamkeit zurückzog. Nur je länger Leibesjahre als Jünger ging er noch nach und der verdankte ich, daß ich mit ihm in Verzeß blieb.“ „Aber von seinen Verwandten hat er noch den Begrüßnis seines Raubens und Erben keinen mehr gesehen in der langen Zeit, es sind wohl nur an einem dromonja Jahre. Da die beiden Väter meines Vaters keine männlichen Nachkommen besitzen, bin ich der Erbe des großen Besitzes, welche Fügung des Schicksals mit bis jetzt nur noch gegenstand von seiten meines armen Onkels. Allen Verleumdungen meines Vaters, meiner Verwandten, ihn mit mir bekannt zu machen, leiste er herrlich Widerstand entgegen. Nach dem Tode meines Vaters vor sechs Jahren schrieb ich einen Brief er kam postwendend zurück; gelesen hat ihn mein Onkel sicher nicht. Diese Enttarnung in der nächsten Familie ist mein großer Kommer, und ich mag in der Welt nicht als der Gatte gelten eines Mannes, der mich so unglücklich hat.“ „Und doch ist mein Freund in seiner Person einsamkeit ich nur so belegen, namentlich ist, wo auch das Alter sich schon sichtbar macht.“ „Er ist doch nicht krank?“ fragte Schulz bestirrt. „Nein, aber er bekümmert sich um gar nichts mehr, seine Beamten sind ganz ohne Kontrolle, und ich fürchte, daß der Besitz darunter leidet. Die Hofreien, die ja den Hauptteil und Wert des Landes ausmachen, sind noch im besten Verstande, der Frau wegen, aber gebildet sind auch dort im W. Ich habe ihm daher vor einigen Monaten, als ich ihn besuchte, erste Vorstellungen gemacht, denn ich ersahre gar vieles durch meine Unterbeamten — mein Revier grengt ja dicht an das feine Gebiet. Ihr Onkel hat mich auch verprochen, er wollte den Unterbeamten den Fall lassen. Ich ging meinem alten Freunde tüchtig zu

... und drohte damit, daß ich die Väter in seinen Wadungen an die große Glocke hängen würde, und dann ließ die Regierung die Hofreien. Donnerwetter, was konnte der Alte da suchen, und als er ausgesetzt hatte, schlug ich ihm vor, einen Administrator zu nehmen, der das Ganze in der Hand habe und mit dem er alles zu tun habe. Das lehnte ich ihm ein, und die arme, liebe, gnädige Frau drückte mir immer wieder die Hand, so glücklich war sie über den Bescheid. Das nette Administrator ist es, wo der Administrator, wenn er verheiratet wäre, und das ist durchaus nicht unmöglich, mit ihm und Regel mögen könnte. Auf diese Weise hätte ich den anderen, und findet aber die Herrschaften an den jüngeren Mann, so ist solcher Umgang nur erstreblich. Sollte der aber gar noch eine neue, gebildete Frau mitbringen, welcher Gewinn wäre das für das arme, verarmte Frauenpaar, die in der Welt der einsamen Schicksalsträger ist. Ein Beamten gefügt, hofft sie sogar heimlich darauf, um so heimlicher wird aber meine Aufgabe, eine in diese Verhältnisse passende Persönlichkeit zu finden.“ „Was Du sagst! Du sollst den Administrator suchen?“ fragte Braun übercoft. „Mein damaliger Vorschlag wurde später noch von einem letzten Schicksalfall unterbrochen, der allerdings ohne weitere Folgen vorüberging. Der Zeit warnte er meinen Freund ernstlich vor jeder heftigen Erregung. Da, und eine kräftigere Verwaltung für die Notwendigkeit der Verwaltung eines Administrators gab es doch nicht. So erhielt ich denn einen Brief, der mich wieder nach Hoffside rief, und als ich von dort abfuhr, hatte ich meine Order in der Tasche und der ungetreue Beamte seine Entlassung. Aus alter Freundschaft übernahm ich nun die Aufgabe, den verlassenen Mann, möglichst mit der passenden Frau — das letztere ist mein Privatangelegenheit — zu finden, und daher reiste ich morgen nach Berlin. Ich habe dort etwas in Aussicht, aber unbelieben nehme ich den Mann nicht.“ „Aber, Unfrau, wo sollst Du den so rasch bekommen? Du weißt ja gar nicht, was er kosten muß.“ „So, dann höre mal zu. Er muß etwas von der Landwirtschaft verstehen, viel vom Fortschritt und am meisten von der Zeit. Er muß sein gebildet sein, höchstenfalls Dergens, langjam zum Jura. Er muß eine tüchtige, herzliche Frau haben und einige süsser Kinder.“

Aber der Affektor schloß zog eine süsser Note, während Weiblich den Redner verwundert anblickte, dann aber unbedungen sagte: „Wenn Du mir ein solches Wunderkind so rasch herbeizubringen kannst, so bist Du in Wahrheit ein Zauberhexenflüster.“ „Da sitzt er!“ Braun legte endlich die Hand auf des Affektors Schulter und sah Weiblich ernst ins Auge. „Antwort noch nicht, Freund, und auch die nicht, Schulz, aber nicht an. Es ist nicht ein Kind, das ich mir wünsche, die Dir, lieber alter Freund, die Mühseligkeit, allen Hoff zu einem Reimann wie hier etwas von Schulz glänzender Zukunft. Frau Lore ist auch nicht ein Kind; der Name Schulz verdrückt dich ja nicht, und bist Du geschickt, so fordert der alte Herr, der Dir in jeder Beziehung unbegrenzte Vollmacht gegeben, nicht mal die Papiere des vorerfülligen Kandidaten ein.“ Die während auch nicht verstanden, da sie auf der Seite von Schulz saßen, obgleich ich ihm Walter besagte, unterbrach ihn der Affektor. „Mein Vater war ganz einverstanden damit, daß meine Eigenschaften als künftiger Major ratsche weiteren Freisen möglichst unbekannt blieben, damit der Familienhaber nicht in aller Welt kund würde. Er litt sehr unter dieser Verwicklung mit meinem Vater. Der meiste ihm wohl das Glück, beneidete, daß er einen Sohn bekam. Mein Onkelgrüßte in ich auch das einzige Kind meiner Eltern, zwei Brüder fanden im zarten Alter. Da mein Vater eine Verfügung im letzten Willen Zeit Oprentens inne hatte, so ist es nicht weiter auf, daß er seine Heimat nicht besuchte. Nur zur Beilegung des unglücklichen Raubens war mein Vater dort und dann nicht wieder.“ „Hörten Sie nicht, die Rolle als Administrator zu spielen?“ fragte Weiblich. „Ich kann es nicht leugnen, Herr Sozialminister, daß mich die Sache reizt.“ Wohlgerädigt rührte der süsser Mann von Weiblich auf dem seltsamen, männlichen Gesicht seines Gegenüber, dann murmelte er: „Achtung! ich seine da.“ „Nein, ich bin kein eifer Schatz-Hoffende, ich soll ausbleiben wie mein Schwager militärisch. Aber mein Junge wird sehr unzufrieden über die Familienangelegenheiten tragen, er steht bis jetzt aber nur mein Vaterzeug.“ „Liedte der Affektor.“ „Ich will es mir bis morgen überlegen.“ sagte Weiblich ernst, „dann ist mich doch schließlich für alles fertig, wenn es sich geht. Und bei dem Hartfoss, mit dem wir es zu tun haben, könnte mich das alte Freundschaft töten. Ich könnte es ja schließlich ertragen, aber dann würde er ganz einsam werden, der arme, unglückliche Mann.“ (Fortsetzung folgt.)

wurde über die Einführung königlicher Polizei im Aus-  
siedlungsgebiet nach dem Mittwochsbesuch in der  
folgenden Arbeitersitzung, die früheren Streitun-  
gen und Bergelänge mehr zu sprechen. Der Präsi-  
dent rief ihn dreimal zur Sache und richtete dann an das Haus  
die geführte Ordnungsmäßige Frage, ob dem Redner das  
Wort entzogen werden solle. Das Haus beschloß die  
Wortentziehung. Gegen dieses Verbot stammte fast die  
ganze Mitte, nur ein Teil der National Liberalen enthielt  
sich bei dieser Frage, die doch schließlich auch ein Stills-  
setzen des Redners für den Präsidenten war, für die Auf-  
fassung des letzteren. Das Zentrum bestand sich natürlich,  
unabgesehen eigener Gesinnung in der Kulturkampfzeit, in  
der Weisheit, an der Seite seiner konfessionellen Freunde.  
So wenig die fortschrittliche Volkspartei von den Rechten  
durch besondere Nähe ausgegliedert werden des Abg.  
Dr. Biedner erbaute sich, so konnte sie sich doch wohl nicht  
dann übergeben, daß es mit den Grundrissen der ver-  
sämmtlichen Redefreiheit vereinbar sei, in obigen Falle  
auf die Wortentziehung zurückkommen. Den die Aus-  
siedlungsgebiet ständen insofern in einem Zu-  
sammenhang mit der Sache, als sie tatsächlich eine Be-  
gründung dafür entgegen sollten, warum der Redner und  
seine Funktion Träger der Einwirkung der Nationalen  
Politik im Auslande sei. Es wäre unangehörig er-  
reicht gewesen, diesen Zwischenfall dem Hause zu  
ersparen.

## Provinz und Umgegend.

† Weiskensfeld, 1. Febr. Die hiesigen Schu-  
schäfte- und Auspufffabrikanten haben  
gestern eine vom hiesigen Fabrikantenverein ein-  
berufene Versammlung abgehalten, um Stellung  
zu den Forderungen der Arbeiter zu nehmen.  
Dabei wurde erklärt, daß die Fabrikanten mit den im  
vorigen Herbst bewilligten Zulagen das Äußerste  
getan hätten, was ihr Selbsthaltungsbetrieb zulasse.  
Jede weitere Bewilligung sei eine Existenzfrage für die  
Fabrikanten. Obwohl sie sich im Prinzip nicht gegen  
den Kaufmännertag erklären, lehnen sie diesen in der  
geforderten Form, in der er nicht als eine Lohn-  
erhöhung von 10 bis 12 Prozent bedeutete,  
sondern als gleich den übrigen Forderungen. Wenn  
auch von Seiten der Regierung zu Unterhandlungen  
gezogeten wurde, so seien die Fabrikanten jetzt da ange-  
kommen, wo sie nicht mehr bewilligen könnten, weil  
es um ihre Existenz gehe. Und unter solchen Um-  
ständen sei auch nichts zu verhandeln. Die Versam-  
mlung beschloß darauf einstimmig — es waren etwa 70  
der größten Schufabrikanten vertreten — die Forderungen  
der Arbeiterorganisation abzulehnen. — Die  
gewerkschaftliche Organisation der Schufabrikarbeiter,  
die hier mit ihren Mitgläufern etwa 3000 Personen  
umfaßt, hat erklärt, die etwaige Ablehnung der  
Forderungen mit einer Arbeitsverweigerung zu be-  
antworten zu können. Der etwa 1000 Personen  
zählende Hirsch Dundersee Gewerkschaft hat noch  
keine Erklärung abgegeben, ob er mit einem Streik  
antworten will. Die Haltung der übrigen nicht-  
organisierten Arbeiter — die hiesige Schufindustrie  
beschäftigt etwa 5000 Menschen — ist unbekannt.

† Bad Rösen, 1. Febr. Die letzte öffentliche  
Sitzung der Stadtverordneten verlief im  
Gegensatz zu den vorhergegangenen recht feierlich.  
Man beschäftigte sich mit der Neuwahl des Vor-  
standes, weil der bisherige aus den bekannten  
Gründen seine Ämter niedergelegt hatte. Zum Vor-  
sitzer wurde H. G. Sittler von Heydelberg mit 11  
Stimmen zwar wiedergewählt, der Gewählte lehnte  
aber die Wiederwahl mit der Erklärung ab, daß es ihm  
durch die in der vorigen Sitzung vorgekommenen Aus-  
einandersetzung unmöglich gemacht worden sei für  
alle Zukunft, wieder ein Amt anzunehmen. Zum  
Vorsitzer wurde dann Stad. v. Kaufmann G. H. H. er-  
wählt. Bei der Wahl eines stellvertretenden Vor-  
sitzers wurden abgegeben für Hofmeister G. G. G.  
9 Stimmen. Da Stad. G. G. G. ablehnte, wurde in einem zweiten Wahlgange der Stad.  
G. G. G. mit 11 Stimmen zum stellvertretenden  
Vorsitzer gewählt.

† Witterfeld, 1. Febr. Die Stadtverordneten  
lehnen in ihrer gestrigen Sitzung den Haushaltungs-  
plan der Rammereiteile für 1911 in Einnahme und Ausgabe  
auf 524 500 Mk. (gegen 510 000 Mk. des Vorjahres)  
fest. An Grund-, Gewerbe- und Gebäudesteuern werden  
wieder 182 Proz. und an Gemeindef. Einkommen-  
steuer 182 Proz. erhoben. Die sämtlichen Steuern  
erbringen einen Ertrag von 362 900 Mk. (30 000 Mk.  
mehr als im Vorjahre). — Zur Ausführung von  
Wasserwerken in den Jahren 1911/12 soll eine Anteile  
von 60 000 Mk. aufgenommen und diese mit 4 Proz.  
verzinst und mit 3 Proz. amortisiert werden.

† Wittenburg, 1. Febr. Seinen 100. Ge-  
burtstag beging gestern Kreisdirektor A. D. Perch  
bei verhältnismäßig gutem Körperlichem und geistigem  
Wohlbefinden.

† Rudolfsdorf, 1. Febr. Die große Gemein-  
de jagd in dem Schwarzburgischen Hohenberg-Neura,  
welche bisher 420 Mk. Pacht brachte, ist gestern für  
2075 Mk. Höchstgebot von einem Ritterschulzeiger  
in Zeit neu gepachtet worden. Die Pachtbeträge für  
die Flußjagden in der Oberbergschaft haben in den  
letzten Jahren ganz außerordentlich Steigerungen  
erfahren, die Neuraer Verpachtung hat jedoch alle  
Erwartungen übertraffen.

† Jena, 1. Febr. Auf wiederholtes Ersuchen der  
Behörden hat die Fleischprüfung hier den Beschluß  
gefaßt, die Verkaufspreise herabzusetzen.  
Das Bündel Ochsenfleisch wird jetzt anstatt für 90 Pfg.  
für 85 Pfg., gutes Rindfleisch für 80 (90), Schweine-  
fleisch für 80 (90) und Hammel fleisch für 85 (90) Pfg.  
verkauft.

† Dreileben, 29. Jan. Die hiesige könig-  
liche Domäne mit einem Areal von rund 2700  
Morgen soll verkauft werden. Hoffentlich werden die  
Bedingungen unserer Gemeinde von Erfolg gekrönt,  
die dahin gehen, daß der Fiskus ihr 500 bis 1000  
Morgen von der Domäne käuflich überläßt. Der  
Acker soll vor allem für bäuerliche Kleinrenten  
bereit gehalten werden, denen auch die Staats-  
behörden ein reges Interesse entgegenbringen.  
Mancher strebsame Arbeiter, mancher Kleinrentner  
kann sich 4, 6, 10 oder 15 Morgen kaufen, und wenn  
er nicht ein der zu landwirtschaftlichen Zwecken gelin-  
genden Käufer im Dorfe erwerben will, kann er unter sehr  
bequemen Bedingungen auf eigener Scholle einen Hof auf-  
stellen. Sobald das Projekt sich verwirklicht, würde  
hier eine Siedlungs-Gesellschaft ins Leben treten, die  
den Kleinrentlichen Ansehnlich beraten und helfend  
zur Seite stände. So viel sei schon jetzt gesagt, daß  
der Rentenbank ein Zehntel der Kaufsumme für den  
Acker angezahlt werden müßte, während die übrigen  
neun Zehntel mit 3 1/2 Proz. verzinst und mit 1/2 Proz.  
amortisiert werden, so daß nach 60 1/2 Jahren bei einem  
Gesamtzinsfuß von 4 Proz. der Rentenbankinhaber  
freier Besitzer würde. Auch den Haus- und Hofbau  
unterstützt die Rentenbank durch Herabgabe eines Kapi-  
tals von drei Viertel des Grundstückswertes, das in  
dieser Weise wie bei Marland amortisiert werden  
kann.

† Götting, 31. Jan. Im benachbarten Döllsdorf  
lebt ein Ehepaar, das schon 29 Jahre verheiratet  
ist, aber wie jetzt festgestellt wurde, noch nicht standes-  
amtlich getraut worden war; der Standesbeamte  
soll damals die Eintragung ins Standesamtsregister  
vergesen haben. Eine Gerichtskommission begab  
sich nun nach Döllsdorf, um unter Zuziehung der da-  
maligen noch lebenden Zeugen die standesamtliche  
Trauung vorzunehmen.

† Leipzig, 2. Febr. Befanlich hat der König  
das Protokoll über das Bundesfähigenfest  
abgenommen. Mit verstärktem Eifer werden nunmehr  
die Vorarbeiten zu diesem großen schiefportlichen Er-  
eignis in den einzelnen Fachanschießen betrieben.  
Der Schloßbauhof hat die Schloßordnung bereits  
zum Druck fertiggestellt. Nach dieser werden  
46 Scheibenscheiben erichtet: 14 Feldscheiben (300  
Meter Entfernung), 17 Stabscheiben (175 Meter  
Entfernung), 5 Wehrmannscheiben (175 Meter Ent-  
fernung), 8 Wilsolonscheiben (35 Meter Entfernung),  
und 2 Jagdscheiben (60 Meter Entfernung). Die  
Leipzig'sche Schloßgesellschaft hat allein 5000 Mark  
zu Ehrenpreisen für die genannten Scheibengattungen  
gestiftet.

## Merleburg und Umgegend.

2. Februar.

† St. Blasius. Das Volk hat seine eigene Cy-  
mologie. Fremdwörter und andere ihm unverständliche  
Ausdrücke sucht es sich murrendger oder wenig-  
stens zu erklären. Die Ängere heißt so, weil man er-  
stehen muß, und die Götter, weil's dabei im Spiele  
sind. „Wer viel herumläuft, ist liberal“, wen man  
nicht leiden kann, mit dem ist man „höflich“. Ein Red-  
ner heißt „neutral“ und wer sich schamlos betätigt, hat  
„sein Genie“. So hat sich denn das Volk den Namen des in  
zigen Tages damit erklärt, daß an ihm der Wind hart bliesen  
soll. St. Blasius ist also der Wind, nicht der Heilige, wie  
es ja in jeder großen Familie einen solchen zu geben  
pflegt. Indessen stimmt es auch hier wieder, daß man  
besser ist als sein Feind. Es ist auch manchmal am Blasius  
tage windstill. Allerdings: darin hat das Volk recht, daß  
die Zeit um Beginn des Februars stürmisch ist. Der  
Februar beginnt schon sich zu regen und nimmt den Kampf  
gegen den Winter an, der bis in den April zu dauern  
pflegt. Solche Stürme sind zwar nicht angenehm, und  
wenn der Wind laut heulend und pfeifend durch den  
Eberstein fährt, ist es um manche Nachtruhe geschehen  
Aber doch sind die Stürme des Frühlings und sollen uns als  
solche willkommen sein. Wer war aber St. Blasius?  
Er war Bischof von Sebaste in Armenien und nach den  
Märtyrertod unter dem römischen Kaiser Diokletian. Da  
sein Gebet einen Kranken errettet haben soll, den eine  
Wölfe zu erschließen drohte, wird an seinem Gedächtnistage  
die Krankheit vorgekommen. Der Bräuter hält sein  
bedenkende Regen unter dem Hals des Gläubigen und betet,  
daß die Fürbitte des Heiligen ihn vor Halschmerzen be-  
wahren. Hilft das aber nichts, dann muß man zu einem  
Aerzt gehen.

† Die Verlängerung der Polizeistunde  
darf in Zukunft nicht mehr mündlich genehmigt werden,  
wie sich es vielfach bisher zur Vermeidung von Schreib-  
werk geschah, besonders wenn sich die Verlängerung  
nur auf einen einzigen Abend erstreckte oder erst kurz  
vor Miethausschließzeit eingeholt wurde. Die zu-  
sammenfassenden Herren Minister haben im stempelsteuerlichen  
Interesse verfügt, daß Genehmigungen zur Verlänge-  
rung der Polizeistunde künftig in allen Fällen nur  
schriftlich erteilt werden dürfen und von den aus-  
siedelnden Behörden durch Erwerbung von Stempel-  
marken zu versehen sind. Bei dauernder Verlängerung

der Polizeistunde beträgt die Stempelsteuer 25 Mk.,  
bei einer Verlängerung auf die Dauer bis zu einer  
Woche dagegen 150 Mk. Zur Vermeidung etwaiger  
Berechnungsirrtümer ist indessen bemerkt, daß die bloße  
Berechnung eines Wertes zur Entziehung von  
Stempelsteuer noch keinerlei Anrecht auf Genehmigung  
einer Polizeistunden-Verlängerung gewährt.

† Die Versammlung des Obstbauvereins  
für Merleburg und Umgegend, die am Mittwoch nach-  
mittags in Rülkes Hotel stattfand, war außerordentlich  
zahlreich besucht. Der Vorsitzende, Herr Direktor  
Dr. Dreyfuß, begrüßte zunächst die Teilnehmer.  
Dann erstattete er einen kurzen Bericht über die bis-  
herige Tätigkeit des Vereins, der jetzt 65 Mitglieder  
hat und erinnerte an den gemeinsamen Bezug von  
Obstbäumen. Nach einem Vorschlag des Vorstandes  
wird sich der Verein an der vom hiesigen Bauernverein  
zu veranstaltenden Ausstellung im Herbst d. J. aktiv  
beteiligen. Es wird u. a. Sorge getragen werden, daß  
auch Obstbaugärte auf der Ausstellung vertreten sind.  
Anschließend hielt Herr Müller, Direktor des  
Provinzialobstgartens in Dömitz, seinen angekündigten  
Vortrag über: „Der rationelle Obstbau im  
Garten und in größeren Plantagen mit  
besonderer Berücksichtigung der Sorten-  
wahl“. Der Redner, eine bekannte Autorität auf  
dem Gebiete des Obstbaues, begrüßte zunächst die  
leitende die erste Tätigkeit des Vereins  
mit Genehmigung und ging dann zum Vortrag-  
sthema über. Bei der Anlage von Obstgärten  
und Plantagen muß eine genaue Bodenprüfung  
vorangehen. Nur hierdurch können Naden-  
schläge vermieden werden, die schon manchem Obstbau-  
freund die Lust und Liebe an der Sache vertrieben haben.  
Der grundgebende Gedanke bei der Gartenanlegung  
muß sein, den Bedarf für das Haus möglichst zu decken  
und die Freude und Erholung, die jeder Hausgarten  
dem Eigentümer schafft. Spätererwerb und Buschbäume  
sollten vornehmlich im Hausgarten gepflanzt werden,  
an Mauern mit Sonnenseite stets Spalterobst. Die  
Möglichkeit, eventuell aus dem Hausgarten einen  
Gewinn zu erzielen, muß man unberücksichtigt lassen.  
Um auch den Raum zwischen den Bäumen auszunutzen,  
ist sehr empfehlenswert die Anpflanzung von  
Erdbeerulturen und weiter die von Gemüße, da beide  
als Unterpflanzung zur Düngung für die Obstbäume  
sehr wertvoll sind. Die Erdbeere sollte aber auch aus  
gesundheitslichen Gründen in keinem Garten fehlen.  
Beim Erwerb Obstbau werden sehr oft die Früchte der  
zu engen Pflanzung gemacht, eine Tatsache, die sehr  
oft beobachtet und in der Zukunft sehr fähig in der  
vollen Entwidlung der Blume wirkt. Sind gute  
Wasserhältnisse vorhanden, dann kann im Erwerb-  
obst auch eine Spalterobstanlage rentabel sein; im  
übrigen, wo diese Möglichkeit nicht zutrifft, werden  
Buschobst, Halbhochstämme und Hochstämme  
empfohlen. Im Hochobstbau ist neben der geeigneten  
Sortenauswahl eine regelmäßige Bodenbearbeitung  
durch Gespanne Grundbedingung. Dies ist aber nur  
möglich, wenn schon bei der Anpflanzung hierauf  
Rücksicht genommen wird. Abstände von 4 zu 4 Meter  
müßten Norm sein. Im zweiten Teile seines Vor-  
trages behandelte der Redner die Sortenauswahl.  
Während im Hausgarten es möglichst großes Sortiment  
Bedingung sein sollte, ist der Erwerbobstbau an  
rentabel, wenn das Sortiment so klein wie möglich  
ist, da große Quantitäten einer Sorte viel leichter  
abzusetzen sind, als verschiedene Sorten. Der Redner  
ging dann auf die einzelnen Sorten näher ein, deren  
Vorzüge und Nachteile er sehr eingehend hervorhob  
und durch Abbildungen zu unterstützen suchte. — Die  
Ausführungen der Vortragenden fanden den lebhaftesten  
Beifall der aufmerksamen Zuhörer. Eine längere Be-  
sprechung schloß sich an, in der noch eine ganze Reihe  
von Anfragen an Herrn Müller gerichtet und praktische  
Erfahrungen von größeren Obstgärtnern mitgeteilt  
wurden. Erst gegen 1/2 8 Uhr fand die höchst inter-  
essante und außerordentlich lehrreiche Versammlung  
ihre Ende.

† Die Eisenbahner sind von den Verwal-  
tungen darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie  
sich vornehmlich an der Carnegie-Stif-  
tung für mit eigenem Schaben ausgeführte Lebens-  
versicherungen wenden sollen. Solche Fälle sind wohl  
gerade in der Eisenbahnverwaltung nicht selten. Wir  
haben wiederholt gelesen, daß Eisenbahnbeamte um-  
kommen, die Passagiere das Leben retten wollten. In  
diesen Fällen haben ihre Hinterbliebenen Ansprüche  
auf Beihilfen aus der Stiftung in Berlin.

† Mit den Fundamentierungsarbeiten  
der neuen Willen auf dem hiesigen Posthofe  
ist jetzt begonnen worden. Der Bauungsplan wird  
in der Weise ausgeführt, daß die Straße der Dera-  
tenburg in gerader Linie über den Klosterhof bis an  
die alte Kirche (Marienkapelle) fortgeführt wird. Von  
hier aus biegt dann die Straße im rechten Winkel links  
ab direkt auf das Kottische Haus in der Unterlaten-  
burg zu. Die rechte Seite der neuen Straße im früheren  
Klosterhofe ist bereits mit prächtigen Willen neu bebaut,  
die neuen schönen Fernblick in die weite Ferne gestattet.  
Als Bauentwurf bleibt befänglich nur die Marien-

Kapelle vom einstigen Kloster bestehen. — Das beim Abbruch gewonnene Steinmaterial wird, da es sich in vorzüglicher Qualität vorfindet, wieder zu den Neubauten verwendet. Das Dichterwort: „Das Alte stürzt und neues Leben blüht aus den Ruinen“, befristet sich hier.

Ein Brand entstand heute vormittag 9 1/2 Uhr in dem Grundstück des Kaufmanns Köpfe (Firma Sauebreij Nachf.) in der Ober-Burgstraße hier und zerstörte in kurzer Zeit den Dachstuhl des Wohnhauses total. Das Feuer ist anscheinend im Lagerraum des Geschäftsinhabers zum Ausbruch gekommen und verbreitete sich in kurzer Zeit über den Dachstuhl, der, wie bei allen Häusern älterer Bauart, sehr reich an Holz ist. Die Rauchentwässerung in dem ersten Stadium des Brandes war sehr stark und weithin sichtbar. In verhältnismäßig kurzer Zeit rückte die städtische freiwillige Feuerwehr und kurz danach die Brandeigenschafts-Feuerwehr an und begannen beide sofort sehr energisch mit einer ganzen Anzahl von Schläuchen die Löscharbeit. Alle drei Schiebelleitern der beiden Wehren waren in Tätigkeit und bewährten sich hier ausgezeichnet. Schon kurz nach 10 Uhr war jede Gefahr für das Nachbargrundstück des Jgl. Bienen beseitigt. Zu retten war allerdings nicht viel, da alles, was in den Dachkammern untergebracht war, bereits Feuer gefangen hatte. Neben dem Besizer erleiden auch die Mieter großen Schaden. Der Mechaniker Meine bewohnte die Dachwohnung; die Küche wurde vollständig durch Feuer vernichtet, während die übrigen Zimmer und deren Inhalt durch das Wasser sehr gelitten haben. Dies ist auch bei den Mietern der ersten Etage eingetreten. Infolge der Durchweichung ist eine Zimmerdecke zwischen dem Dach und der oberen Etage bereits heruntergefallen; dieselbe Gefahr besteht auch für die übrigen Zimmer, so daß die Aufkammerungsarbeiten mit aller Eile durchzuführen werden müssen. Die Schäden soll den Bewohnern des Hauses ferner durch den Verlust an Wäsche und Kleidungsstücken entstanden sein, die in den Dachkammern untergebracht waren. Wie man uns mitteilt, sind alle Beteiligten gegen Brandschaden versichert. — Bei dem ersten Vorgang kam übrigens auch der Humor zur Geltung. Ein Mieter des Hauses, der im Parterre ein möbliertes Zimmer bewohnt und ziemlich sicher sein konnte, daß der Brand nur den Dachstuhl des Hauses zerstören würde, fühlte trotzdem das Bedürfnis, zu retten was zu retten war. Er schlug das Fenster des vollständig ungeschädigten Zimmers ein, kletterte hinein und brachte zuerst einen Diphtheriesäbel und dann einen Diphtherieschirm in Sicherheit um dann glückstrahlend mit seinen Freunden von der Villa zu verschwinden. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan.

Am Dienstagabend gegen 6 Uhr fand im Laden-Neubau der Firma Doppel & Cie. in der Gottardstraße hier eine Gasexplosion statt. Ein wahrnehmbarer Gasgeruch zeigte eine unblutige Stelle der Gasleitung an. Als man die Leitung ablenkete, erfolgte plötzlich eine donnerähnliche Detonation. Außer geringen Schäden an der Decke wurde der außen am Hause befindliche kleine altertümliche Giebel am meisten beschädigt. Die Holzverkleidung seines Sockels wurde vollständig heruntergerissen, desgleichen die Stützstützen, die in schönen Formen den Sockel mit der Hausfront vermittelnd abschlossen. Glücklicherweise sind Menschenleben verschont geblieben.

Abweisung über die Bevölkerungsvorgänge in der Stadt Merseburg vom 1. Januar bis 31. Januar 1911:

1. Einwohnerzahl am 1. Januar 1911	21 258
2. Zugang durch a) Zugang	359
b) Geburt	87
3. Abgang durch a) Verzug	217
b) Sterbefälle	80
4. Es ergibt sich somit ein mehr	247
Bestand der Einwohnerzahl	21 407

**Schreibergärten.**  
(Eingeladent)

In weiten wohlgepflegten Gärten ist hohe Winterernte zu schauen, doch trauglich ist in die Wintergärten und blühen neidlich durch den Frost.

Das ist nun so in deutschen Landen: Dort, wo Natur am schönsten leidet, Da ist auch fast ein Baum vorhanden Und Stachelobst ist angebracht.

Wo keine Ätzer oder Wäner Den Winter kommen ins Gehag, Da leben wir mit frommen Schauern Dem Warnungsruf: „Bedot'ner Weg“.

Die Ätzer alle, die bestellen, Sind nicht zu Feinmachen da, Und grüßlich wird der Bauer stellen, Der uns auf seinem Acker saß.

Mit feiner Finte bröckelt im Walde, Der dort die Jagd gewohnt hat, In Parkanlagen naht sich bald Das Volksgelogen der Stadt.

Es ist weit, weit draußen auf der Heiden Darf man nicht wunschlos glücklich sein, Denn dort, wo Hammeleiden weiden, Weht uns der Schäferhund ins Bein.

Vor allen andern Himmelsgaben Wünscht man die eine innigst: Ein Stücken der Natur zu haben Für sich allein und nur für sich.

Die selbstgepflanzten Blumen blühen! Wie schmeckt so wunderbar das Kraut, Das wir mit lieber Arbeit Mühen In freien Stunden selbst gebaut!

O Mat der Stadt, tu auf die Ohren, Schaff tüchtig Schrebergärten an! Das Gärten draußen vor den Toren Ist eine Welt dem kleinen Mann!

S. Schaeffer

nn. Preßsch, 1. Febr. So mancher Julex wird, da das Wetter hier jetzt günstig war für die Bienen, wenig Umschau halten auf seinem Stande. Hat er im Herbst im Füttern, Verpacken usw. seine Schuldigkeit getan, dann kam er dem Frühling getroßt entgegen. Doch eines Tages hört er ein verächtliches Klopfen. Als er seine Kasten beschaut, sind zum Teil große Löcher in die Vorderwände geschlagen. Es war der Specht, der in unserer Gegend häufig vorkommt, und in dieser Weise viel Schaden anrichten kann. Man vertreibt ihn am besten, wenn man alte Sachen vor die geschädigten Stöcke hängt.

§ Poritz, 1. Febr. Am Freitag den 27. d. Mis. setzte das pensionierte Eisenbahndirektor Schmidt'sche Ehepaar hier seine goldene Hochzeit. Das Jubelpaar wurde von Herrn Pastor selbst im Hause eingeseinet und ihm dabei die vom Kaiser verliehene Jubiläumsmedaille überreicht. Möge dem Jubelpaar noch ein langer, sonniger Lebensabend beschieden sein.

**Mücheln und Umgebung.**

2. Februar.

•• Fahrplan Duerfurt-Mücheln. Den projektirten amtlichen Fahrplan bruden wir nach stehend noch einmal ab:

	W	S
Duerfurt ab	5 <sup>58</sup> 6 <sup>10</sup>	1 <sup>00</sup> 4 <sup>48</sup> 8 <sup>38</sup> 9 <sup>48</sup>
Mücheln an	5 <sup>58</sup> 6 <sup>24</sup>	1 <sup>10</sup> 5 <sup>39</sup> 8 <sup>10</sup> 10 <sup>24</sup>
Mücheln ab	6 <sup>20</sup> 6 <sup>10</sup> 7 <sup>10</sup>	8 <sup>50</sup> 12 <sup>00</sup> 5 <sup>00</sup> 6 <sup>00</sup> 7 <sup>00</sup> 8 <sup>10</sup>
Merseburg an	6 <sup>04</sup> 6 <sup>44</sup> 7 <sup>44</sup> 10 <sup>12</sup>	8 <sup>00</sup> 8 <sup>00</sup> 9 <sup>00</sup> 11 <sup>00</sup>

\* Bis 30/9. und vom 1/4. 1911 ab. •• Vom 1./10. 1910 bis 31/3. 1911. † S = Sonntags sowie am 16/11., 26/12. 1910, 14/4. und 17/4. 1911.

Merseburg ab 5<sup>50</sup> 8<sup>00</sup> 11<sup>00</sup> 1<sup>40</sup> 4<sup>10</sup> 8<sup>00</sup> 10<sup>30</sup> 11<sup>50</sup>  
 Mücheln an 5<sup>58</sup> 6<sup>24</sup> 11<sup>20</sup> 2<sup>10</sup> 4<sup>40</sup> 6<sup>00</sup> 11<sup>00</sup> 12<sup>00</sup>  
 Mücheln ab 6<sup>00</sup> 11<sup>20</sup> 2<sup>40</sup> 7<sup>10</sup>  
 Duerfurt an 7<sup>00</sup> 12<sup>24</sup> 3<sup>14</sup> 7<sup>04</sup>  
 Hierzu sollen u. a. folgende Änderungen vorgeschlagen werden: Den Frühzug nach Duerfurt ab Mücheln 6<sup>24</sup> eine halbe Stunde früher, jedoch ab um 7 Uhr in Duerfurt eintrifft, ab Duerfurt nach Mücheln Merseburg einen neuen Zug um 9 Uhr früh einzulegen, der in Mücheln 8<sup>00</sup> nach Merseburg anfährt und statt des 11 Uhr-Zugs von Duerfurt einen solchen etwa um 1<sup>00</sup> Nachmittags nach Mücheln Merseburg abgehen zu lassen.

§ Baruskädt, 1. Febr. Aus allen Orten des Kreises hört und liest man von Kaisergeburtstages feiern, Ehrung der Veteranen usw. Auch in unserm Orte hat kürzlich eine Ehrung stattgefunden, welche aber nicht den 18 hier lebenden Veteranen galt, welche doch schon dadurch genug geehrt sind, indem sie am 22. die vom Kreise gespendeten 20 Mk. empfangen haben, sondern diese Ehrung galt dem hiesigen zweiten Lehrer, welcher vor 25 Jahren in unserm Orte eingezogen ist, um seinem Berufe als Lehrer obzuliegen. Die Ehrung bestand darin, daß der Gesangverein am Vorabend ein Ständchen brachte und ein feierliches Geschenk überreichte. Am Vormittage des Jubiläumstages wurde dem Jubilar von dem Ortsgeistlichen eine zu Herzen gehende Ansprache gehalten. Der Ortsvorstand überreichte im Namen der Gemeinde ebenfalls ein Geschenk, am Abend spielte noch die Stadtkapelle aus Duerfurt vor der Schule. — Am Kaisergeburtstages hielt der Kriegerverein im hiesigen Gasthose einen Ball ab, wo unser Pastor eine echt patriotische Ansprache hielt, welche mit dem Kaiserhoch und dem Liede „Hell die im Siegetanz“ endete. Die Feier hat bis in die frühen Morgenstunden die Festteilnehmer zusammengehalten.

§ Neumark, 2. Febr. Am Mittwochabend gegen 7 Uhr entstand in dem Hause des Fahrradhandlers Wenzel hier durch die Explosion einer Benzin-Gläslicht Lampe ein Schadenfeuer, das leicht durch das vorhandene brennbare Material in den Werkstat größere Ausdehnung hätte nehmen können. Infolge der Gefährdungswartung des Besizers wurde das Feuer im Entstehen gelöscht. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

§ Freyburg, 1. Febr. S. Öffengericht. Der Schulfabrikant H. aus Schlacht-Rothbach hat dem Landwirt Dito Krautz daselbst eine Lachsmühle und der Schulknaabe Franz Gr. aus Rauda aus einigen Verkaufsstellen daselbst verschiedene Gegenstände von geringem Werte entwendet. Beide kommen mit einem Verweis davon.

**Wetterbericht.**  
 V. B. am 8. Febr.: Gelinder, ziemlich trübes Wetter mit leichten Niederschlägen. Am 4. Febr.: Rührer, abwechselnd heiteres und wolfiges Wetter, nur noch stellenweise geringer Schnee, im allgemeinen vorwiegend trocken.

**Vermischtes.**

\* (Zwei Menschen erstickt.) In Arget bei Holzstegen in Oberbayern sind in der Nacht zum Mittwoch der Geselle und der Lehrling eines Schmiedes in ihrem gemeinsamen Schlafgemach infolge ausströmenden Kohlenbrandes erstickt.

\* (Ein achtjähriger Räuber) Der berüchtigte Räuber Molani, gegen welchen seit Wochen die gesamte Garnison von Sassari mobil gemacht worden ist, hat, wie aus Rom berichtet wird, am Montag seinen achten Woch verlobt, indem er den reichen Hausbesitzer Scarpalotti und ausraubte. Die Verlobung ist in Angst und Schrecken verlegt. Eine Belohnung von 2500 Lire ist auf den Kopf des Mörders gesetzt worden.

**Neueste Nachrichten.**

New York, 2. Febr. Eine furchtbare Explosion erfolgte gestern nachmittags im Hafen von New York. Am Dock von Jersey City, gegenüber der Liberty Street, sollte aus einem Störwagen eine größere Menge Dynamit auf ein Boot umgeladen werden. Aus bisher noch unangeklärter Ursache entzündete sich der Sprengstoff. Boot und Mannschaft waren auf der Stelle verescht worden. Der Schaulplatz der Explosion glich ein Bild vollkommener Verwüstung. Am größten war die Bank in der unteren Stadt. Tausende von Fenster scheiben wurden zertrümmert. Im Umkreis der Bank die eisernen Schutzgitter von den Schaufenstern gerissen und wie Glas zerfallen. Die Angestellten der Geschäfte sprangen in ihrer Angst aus den Fenstern ihrer Kontore. Der ganze Verkehr in den Banken und an der Börse wurde lahmgelegt. Die Aufregung war ungeheuerlich. Auf den Feuerlären sind gingen sämtliche Spritzen der unteren Stadt ab, um in wilder Hast das vermutete Feuer zu suchen. Als Hospitalär in Jersey City und Manhattan sind nach einer späteren Meldung mit Verwundeten überfüllt. Wie man hört, sind fünfzig Personen tot und über tausend verletzt. Die Docks, die Strohen der Nachbarschaft und viele Schiffe wurden von Trümmern überspült. Die Wirkung der Explosion wurde im Umkreis von 50 Kilometer gespürt.

**Berliner Getreide- und Produktenerwerb.**

Berlin, 31. Februar.  
 Weizen lot. incl. 166,00—198,00 Mark.  
 Roggen lot. incl. 149,00—149,50 Mark.  
 Hafer lot. 178,00—182,00 Mark, do. mittel 162,00 bis 172,00 Mark.  
 Weizen mehrl. Nr. 00 brutto 24,00—27,50 Mark.  
 Roggen mehrl. Nr. 0 und 1 18,70—21,10 Mark.  
 Gerste incl. leicht 140,00—158,00 Mark, do. schwarz fest Wogen und ab Wahn 159,00—170,00 Mark, do. ruffische fest Wogen leicht 127,00—130,00 Mark.  
 Weizenkleie groß netto exkl. Sac ab Mähle 9,26 bis 11,25 Mark, do. fein netto exkl. Sac ab Mähle 9,90 bis 11,25 Mark.

**Reklameartikel.**



Wie Pilze aus der Erde

tauchen täglich neue sogenannte „Kaffe-Ersatzmittel“ auf, um meistens ebenso schnell wieder von der Bildfläche zu verschwinden. Keines von allen hat den Erfolg wie Kathreiners Malzkaffee, der sich seit 20 Jahren als verbreitetster und beliebtester Malzkaffee behauptet hat und dessen Konsum aller Konkurrenz zum Trotz von Jahr zu Jahr zunimmt. Der echte Kathreiners Malzkaffee wird nie lose ausgewogen verkauft, sondern nur in geschlossenen Paketen mit dem Bild des Pfarrers Kneipp. Diese Packung wird viel nachzuahmen versucht, also Vorsicht beim Einkauf!

Der Gehalt macht's!



# Correspondent.

**Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Bei Abnahme von mehreren Bezugsstellen; bei Bestellung ins Haus durch unsere Vertreter in  
den Städten und auf dem Lande außerdem Bestellungen; durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf.  
Nachnahme. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit an den Wochenenden ausgenommen.  
— Nachdruck unserer Originalabhandlungen ist nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet.  
— Für Rückgabe unangelegener Sendungen übernehmen wir keine Verantwortung.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
5seitig. illust. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4seit. landwirtsch. u. handeldbel.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Belegstelle oder deren Raum für vier Wochen und mehr: 10 Pf. für die erste Belegstelle, 20 Pf. für die zweite, 30 Pf. für die dritte, 40 Pf. für die vierte, 50 Pf. für die fünfte, 60 Pf. für die sechste, 70 Pf. für die siebente, 80 Pf. für die achte, 90 Pf. für die neunte, 100 Pf. für die zehnte, 110 Pf. für die elfte, 120 Pf. für die zwölfte, 130 Pf. für die dreizehnte, 140 Pf. für die vierzehnte, 150 Pf. für die fünfzehnte, 160 Pf. für die sechzehnte, 170 Pf. für die siebenzehnte, 180 Pf. für die achtzehnte, 190 Pf. für die neunzehnte, 200 Pf. für die zwanzigste, 210 Pf. für die einundzwanzigste, 220 Pf. für die zweiundzwanzigste, 230 Pf. für die dreiundzwanzigste, 240 Pf. für die vierundzwanzigste, 250 Pf. für die fünfundzwanzigste, 260 Pf. für die sechsundzwanzigste, 270 Pf. für die siebenundzwanzigste, 280 Pf. für die achtundzwanzigste, 290 Pf. für die neunundzwanzigste, 300 Pf. für die dreißigste, 310 Pf. für die einunddreißigste, 320 Pf. für die zweiunddreißigste, 330 Pf. für die dreiunddreißigste, 340 Pf. für die vierunddreißigste, 350 Pf. für die fünfunddreißigste, 360 Pf. für die sechsunddreißigste, 370 Pf. für die siebenunddreißigste, 380 Pf. für die achtunddreißigste, 390 Pf. für die neununddreißigste, 400 Pf. für die vierzigste, 410 Pf. für die einundvierzigste, 420 Pf. für die zweiundvierzigste, 430 Pf. für die dreiundvierzigste, 440 Pf. für die vierundvierzigste, 450 Pf. für die fünfundvierzigste, 460 Pf. für die sechsundvierzigste, 470 Pf. für die siebenundvierzigste, 480 Pf. für die achtundvierzigste, 490 Pf. für die neunundvierzigste, 500 Pf. für die fünfzigste, 510 Pf. für die einundfünfzigste, 520 Pf. für die zweiundfünfzigste, 530 Pf. für die dreiundfünfzigste, 540 Pf. für die vierundfünfzigste, 550 Pf. für die fünfundfünfzigste, 560 Pf. für die sechsundfünfzigste, 570 Pf. für die siebenundfünfzigste, 580 Pf. für die achtundfünfzigste, 590 Pf. für die neunundfünfzigste, 600 Pf. für die sechzigste, 610 Pf. für die einundsechzigste, 620 Pf. für die zweiundsechzigste, 630 Pf. für die dreiundsechzigste, 640 Pf. für die vierundsechzigste, 650 Pf. für die fünfundsechzigste, 660 Pf. für die sechsundsechzigste, 670 Pf. für die siebenundsechzigste, 680 Pf. für die achtundsechzigste, 690 Pf. für die neunundsechzigste, 700 Pf. für die siebenzigste, 710 Pf. für die einundsiebzigste, 720 Pf. für die zweiundsiebzigste, 730 Pf. für die dreiundsiebzigste, 740 Pf. für die vierundsiebzigste, 750 Pf. für die fünfundsiebzigste, 760 Pf. für die sechsundsiebzigste, 770 Pf. für die siebenundsiebzigste, 780 Pf. für die achtundsiebzigste, 790 Pf. für die neunundsiebzigste, 800 Pf. für die achtzigste, 810 Pf. für die einundachtzigste, 820 Pf. für die zweiundachtzigste, 830 Pf. für die dreiundachtzigste, 840 Pf. für die vierundachtzigste, 850 Pf. für die fünfundachtzigste, 860 Pf. für die sechsundachtzigste, 870 Pf. für die siebenundachtzigste, 880 Pf. für die achtundachtzigste, 890 Pf. für die neunundachtzigste, 900 Pf. für die neunzigste, 910 Pf. für die einundneunzigste, 920 Pf. für die zweiundneunzigste, 930 Pf. für die dreiundneunzigste, 940 Pf. für die vierundneunzigste, 950 Pf. für die fünfundneunzigste, 960 Pf. für die sechsundneunzigste, 970 Pf. für die siebenundneunzigste, 980 Pf. für die achtundneunzigste, 990 Pf. für die neunundneunzigste, 1000 Pf. für die hundertste.

Nr. 29.

Freitag den 3. Februar 1911.

37. Jahrg.

## Der Reichstanzlers Wahlrechts-Philosophie.

Die große Rede, welche Herr von Bethmann Hollweg im Reichstage zugunsten der Verfassungs-Vorlage für Elsaß-Lothringen hielt, ist in mancher Beziehung merkwürdig, ganz besonders insofern, als der Kanzler sich veranlaßt sah, bei dieser Gelegenheit sich wieder einmal über die preussische Wahlrechtsfrage auszulassen. Anlaß dazu hatte ihm der freisinnige Abgeordnete Naumann gegeben, indem er auf den grollen Widerspruch hinwies, welcher darin liegt, daß Herr von Bethmann als Reichstanzler eine Vorlage einbrachte, welche für die Reichsländer ein viel fortschrittlicheres, demokratischeres Wahlrecht forderte, als dasjenige ist, welches er als preussischer Ministerpräsident in Form einer Wahlrechtsreform-Vorlage dem preussischen Abgeordnetenhaus unterbreitete.

Man dürfte darauf gespannt sein, wie Herr von Bethmann diesen Widerspruch erklären würde. Er war sichtlich darauf vorbereitet, denn die Antwort floß sehr glatt aus seinem Munde. Er gab zu, daß für Elsaß-Lothringen ein freieres Wahlrecht als für Preußen gefordert werde; aber, so fügte er hinzu, alle Länder und Völker stehen sich nicht über einen Kamm scheren. Was für die einen gut sei, taugt für die andern nicht. Man dürfe deshalb nicht über die Individualität derselben hinwegsehen. Die Reichsländer seien aus der französischen Zeit her ein freieres, demokratischeres Wahlrecht gewohnt, weshalb man ihnen umfomehr ein solches gewähren müsse, als man dadurch nicht nur die Wohlthat des Landes, sondern auch die des Reiches fördere. Preußen dagegen sei eine ganz andere staatliche und politische Individualität, habe eine andere Vergangenheit und sei andere Verhältnisse gewohnt. Also, ein auf demokratische Grundsätze aufgebautes Wahlrecht passe nicht für Preußen, welches durch ein solches desorganisiert werden und seine große Rolle nicht mehr spielen könnte. Denn das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht würde den Massen die Herrschaft über Parlament und Regierung zuführen. Und zum Schluß ver kündete der Kanzler, daß sich Preußen sein Wahlrecht nach seinem eignen Bedürfnis, und ohne die Wünsche anderer Bundesstaaten zu berücksichtigen, gestalten werde, daß es eine konstante staatsrechtliche Reichspolitik führen könne.

Herr von Bethmann gab also indirekt seine Meinung dahin kund, daß die Elsaß-Lothringer bereits die hohe Stufe der politischen Entwicklung und Reife erreicht haben, daß sie das demokratische Wahlrecht für selbstverständlich halten und daß die Sturm der



Preußen ein europäisches

China. Uebrigens hat das Reich der Mitte neuerdings ebenfalls die Bahn des freiwilligen Fortschritts zu betreten begonnen.

Die andere Voraussetzung des Kanzlers, daß das gleiche Wahlrecht Preußen desorganisieren und unsäglich machen würde, seine großen Aufgaben zu erfüllen, weil die Massen zur Herrschaft gelangen würden, läuft, bei Dichte betrachtet, auf eine vollständige Wertunterschätzung des Mittelstandes hinaus, welcher den eigentlichen Kern des preussischen Volkes bildet und bei einer demokratischen Wahlreform zum Ausschlag gebenden Faktor werden würde. Hat denn vielleicht im Reich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die den Staat desorganisierenden Massen zur Herrschaft gebracht? Warum sollte die Wirkung in Preußen eine andere sein, als im Reich? Wenn die Sozialdemokratie in letzter Zeit bei den Nachwahlen Fortschritte gemacht hat und bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen die Zahl ihrer Parlamentssitze nicht unbedeutend vermehren wird, so ist dafür die volkswirtschaftliche Politik des schwarz-blauen Blocks verantwortlich zu machen und ganz besonders die famose Reichsfinanzreform, die die unteren und mittleren Schichten in solchem Maße bedrückt, daß Hunderttausende von Bürgern, ohne auch nur im entferntesten daran zu denken, unter die roten zu gehen, doch für deren Kandidaten ihre Stimmen abgeben, weil sie glauben, ihrem Unmut dadurch am deutlichsten Ausdruck verleihen zu können. Aber trotz der schwarz-blauen Weisheit wird der Reichstag niemals eine sozialdemokratische Mehrheit haben. Die Zeit wird aber kommen, wo sich auch Preußen eines zeitgemäßen Wahlrechts erfreuen wird und wo es, gerade infolge dessen, seine deutsch-nationalen Aufgaben noch besser, als heute, zu erfüllen vermag. Dann wird man mit Verwunderung sich der Befürchtung des Herrn von Bethmann Hollweg erinnern, daß der preussische Staat zu Grunde gehen würde, wenn er aufhörte, ein Klassenstaat zu sein, und seinen Bürgern dieselbe politische Gleichheit gewährte, deren andere Länder, auch deutsche Bundesstaaten, längst teilhaftig sind.

## Sonderbares Material.

Von Georg Gotthelb, W. d. R.

(Schluß.)

Was gestern von der Ober gesagt ist, gilt natürlich genau so von der Erde wie überhaupt von allen Flüssigkeiten in Niederungsländern. Wer sich die Mühe nimmt, das analoge Werk des Hochwasser-Ausschusses über die Erde und ihre Nebenflüsse zu studieren, wird dieselben Auseinandersetzungen dort finden; es gilt mutatis mutandis für Waare, Javel, Spre, Saale, Weiser, ja auch für den Rhein, soweit er in der Ebene fließt.

Ein höchst drastisches Beispiel dafür, daß die Stromregulierung im Vorflut- und nicht im Schiffahrtsinteresse erfolgt, gibt — sich dessen unbewußt — die preussische Regierung selbst in ihrer Übersicht I A.

Von dem insgesamt auf 278,08 Mill. Mark berechneten Anlagekapital, das die insgesamt 3701 km Flußregulierungen nach der Übersicht erfordert haben, entfallen nicht weniger als 102,83 Mill. Mark = 37 Proz. auf die 282 km regulierter Weichsel!

Für das bischen Weichsel-Schiffahrt — 1908 machte der Berg- und Talverkehr in Gütern ohne Floßholz bei Thoren ganze 135 000 t aus — hätte man diese Weisenausgaben doch wahrhaftig nicht gemacht, ja würde man auch jetzt die Unterhaltungskosten von 8 235 000 Mark im Jahre nicht auswenden. Nein, auch wenn kein einziges Schiff auf der Weichsel ginge, müßte man genau dieselben Kosten auswenden, um den gefährlichen Strom einigermaßen zu bändigen, um Land und Leute vor ihm zu schützen. Freilich wären wir in der Lage gewesen, die Weichsel von der Quelle bis zur Mündung zu regulieren zu können, so hätten wir das wahrscheinlich mit bestem Erfolge unter Aufwendung geringerer Mittel als für die kurze Mündungsstrecke vermocht.

Gegenüber den Miesleistungen des preussischen Staates für die Weichsel verschwindet das, was er für die Regulierung und Unterhaltung der anderen Ströme tut. Für die 588,3 km regulierter Ober sind 28,28 Mill. Mark, für 345,5 km Waare 11,24 Mill. Mark, für 408 km Gise 42,43 Mill. Mark, für 388 km Weiser 10,45 Mill. Mark und für 345,6 km Rhein 53,88 Mill. Mark von ihm aufgewendet worden. An den gesamten Regulierungskosten in Preußen sind die beiden kleinen Provinzen Ost- und Westpreußen mit 43,2 Prozent beteiligt und an den jährlichen Unterhaltungskosten mit nahezu 4 Mill. Mark oder 35,6 Proz. der gesamten. Die Verbilligung dieser beiden Provinzen macht knapp 1/21 der preussischen aus und ihre Straerleistung ist bekanntlich eine minimale; aber gerade die, welche am wenigsten leisten und für die der Staat in der Stromregulierung die größten Kosten aufwendet, sind die lautstärksten Sprecher, wenn es gilt, den Wasserstraßenverkehr zu beladen.

Die Gesamtaufwendungen des preussischen Staates für Strom- und Flußregulierungen, Kanalisierung und Kanäle haben im Laufe der letzten hundert Jahre rund 575 Mill. Mark betragen; eigentlich eine erstaunlich geringe Summe, wenn man damit die immensen wirtschaftlichen Vorteile vergleicht, die Sand und Wolf davon gezogen haben. Eine erstaunlich geringe Summe, wenn man sie in Vergleich stellt mit dem, was die Spiritusbrenner seit 1887 aus der Brennwertsteuergabe bezogen haben; nämlich nahezu das Doppelte dessen, was der Wasserbau in Preußen in einem Jahrhundert gefordert hat. Eine lächerlich geringe Summe im Vergleich zu den Zuckerverträgen, die in einzelnen Jahren bis auf 128 Mill. Mark sich belaufen und eine noch lächerlichere Summe, wenn man ihre gegenüberstellt, daß jahraus jahrein dem deutschen Volke allein der Zoll auf Roggen und Weizen sein Brot um 700—800 Mill. Mark verteuert. Da das aber unsern Agrariern noch zu wenig ist, will man noch die freien Ströme mit Abgaben belegen. Quousque tandem!

## Die Reichsvertzuwachsteuer

Ist am Mittwoch, wie vorausgesehen war, in der dritten Lesung endgültig mit großer Mehrheit (199 gegen 93 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen) angenommen worden. Die fortschrittliche Volkspartei stimmte nicht geschlossen, ein großer Teil votierte mit Nein, ein anderer mit Ja. Aber auch bei den anderen Parteien war eine Abspaltung nicht zu erzielen gewesen, wenigstens gingen Zentrum, Freikonservative und Konfessionale nicht geschlossen vor. Das war bei der großen Schwierigkeit der Materie und bei der unglücklichen Struktur des Gesetzes auch weitere kein Wunder.

Die Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei, die gegen das Gesetz stimmten, taten es im wesentlichen aus folgenden Gründen: Zunächst waren sie der Meinung, daß die an sich durchaus wünschenswerte Besteuerung des Wertzuwachses doch Sache der Gemeinden sei; es war der Grundgedanke der Riquieschen Finanzreform, die Besteuerung des Grundbesitzes den Gemeinden zu überlassen, die zur Wertsteigerung weit mehr beitragen als das Reich. Ferner kam hinzu, daß der Gehalte der Besteuerung des Wertzuwachses durch die Fassung, wie sie das Haus beschlossen hatte, sehr stark abgeschwächt worden war und daß es dem Großgrundbesitz, der gut zu rechnen versteht, sehr erleichtert worden wäre, durch Aufrechnungen aller Art den erzielten Erwerbsteuersatz im Sinne der Steuer-Vorlage herabzubringen. Es kam hinzu, daß die Fideikommissbevorzugung bleiben, also gerade die reichsten Leute nicht der Steuer unterworfen werden würden. Das wiederum des jetzt bestehenden Umfassungsstempels neben der Wertzuwachsteuer bis 1914 ist weiterhin bedenklich; wenn auch der Staatssekretär Vermuthung versichert, eine allmähliche Reduktion des Umfassungsstempels in Aussicht stellen zu können, so weiß man doch nur zu gut, daß sich neue Bedenknisse einstellen und daß die Reduktion höchst-